Die Öffentlichkeit und der Wahrheitsbeweis im französischen Beleidigungsrecht.

Von Rechtsanwalt Dr. J. Stranz, Berlin.

Der Fall Zola hat nicht nur wegen der Persönlichkeit des vor die Schranken Gerufenen, sondern vornehmlich auch um des hochpolitischen Endzwecks willen, den Zola verfolgte, und der kein geringerer war, als die Revision des Dreyfus-Prozesses durchzuführen, weite Wellentriebe des Interesses über Frankreich hinaus durch die gesamte gesittete Welt erregt. Für eine Frage der Gerechtigkeit, die niemals das Gebiet der Justiz hätte verlassen sollen, mußte der berühmteste Schriftsteller Frankreichs, wie ein Jahrhundert vor ihm Voltaire im Falle Calas, seine weithin erschallende Stimme erheben. In einer Zeit, der man nachsagt, sie sei dem Materialismus im bösen Sinne des Wortes verfallen, beherrschte eine ideale Frage, eine Sache der Gerechtigkeit, alle Gemüther. Neben den allgemeinen Gesichtspunkten aber wurde während der Wochen, in denen der Prozeß gegen Zola verhandelt wurde, die Aufmerksamkeit nicht nur der Juristen, sondern auch der Laien durch viele Besonderheiten und Merkwürdigkeiten des französischen Beleidigungsrechts und des Verfahrens in Anspruch genommen.

Die Beleidigung, so interessant und schwierig auch für den Gesetzgeber und für die juristische Behandlung ihre Probleme sind, hat angefangen, das Aschenbrödel der Kriminalisten zu werden. Und doch, so lange Ehre den Menschen mehr ist „als ein gemalter Schild beim Leichenzuge“, wie Fallstaffs Katechismus endigt, sollte gerade dieses Institut ein Lieblingskind für des Juristen Beschäftigung sein. Gilt es doch, das höchste Gut des Einzelnen, seine Ehre, mit einem ebenso hohen politischen Gut jedes Bürgers, dem

Recht auf freies Urteil und Wahrheit, in Ausgleich zu setzen; spielen doch gerade hier politische, moralische, psychologische Elemente eine so bedeutende Rolle. Der Prozeß Zola bewies deutlich, welch' weittragende Bedeutung einem Beleidigungsprozeß innewohnen kann, wie sich mit ihm geradezu die Geschicke eines Staatswesens verflechten können. Er zeigte, wie die Gestaltung des Verfahrens, die Zulassung gewisser Einreden eine eminente Folgeschwere haben können, und regte damit zur Prüfung des einschlägigen französischen Rechts und zu Vergleichen mit der Gestaltung in andern Ländern an. Aus dem reichen Material seien hier zwei wichtige Kapitel des französischen Beleidigungsrechts, die Öffentlichkeit und der Wahrheitsbeweis, welche ein eigenartiges charakteristisches Gepräge haben, und deren Vergleich mit andern Rechten eine Fülle des Förderbaren in sich schließt, eingehend behandelt¹⁾.

I.

Die Öffentlichkeit (*publicité*).

In alten Lehrbüchern spielt die Lehre von der „öffentlichen Beleidigung (*injuria publica*)“ eine große Rolle. Als *injuria publica*, im Gegensatz zur *privata*, wurde nämlich die Amtsbeleidigung bezeichnet. Das kanonische Recht in dürftigen, das deutsche in weit reicheren Bestimmungen hatten diesen Fall der öffentlichen Beleidigung als eine besondere Art hervorgehoben. Auch die neueren Gesetzbücher, das preußische Landrecht, der *code pénal*, das preußische Strafgesetzbuch vom 14. April 1851, hatten gleichfalls noch dieser Amtsbeleidigung einen besondern Charakter beigelegt und ihr höheren Strafschutz zugebilligt²⁾. Von dieser öffentlichen Injurie, einer Einteilung, welche in Ansehung der beleidigten Person gemacht und jetzt nicht mehr üblich ist, wird hier nicht gesprochen. Die Öffentlichkeit, um welche es sich hier handelt, ist ein Merkmal, das von der Art der Begehung der Belei-

¹⁾ Vgl. zu den folgenden Ausführungen: Chassan: *traité des délits et contraventions de la parole de l'écriture et de la presse*, 2. Aufl., Paris 1846, Bd. I und II; und Dalloz: *Supplément au répertoire méthodique et alphabétique de législation, de doctrine et de jurisprudence*, Bd. XIII, Paris 1893, bei den Worten: *Presse—outrage—publication* S. 245 ff.

²⁾ Weber: *Über Injurien und Schmähchriften*, Leipzig 1811, III S. 193 ff. Feuerbach: *Lehrbuch des peinlichen Rechts*, 13. Ausgabe, § 297, Note II u. III.

bildung entnommen ist. Öffentlich verübte Beleidigungen sind hier gemeint, das heißt solche, um vorläufig noch keine juristische Definition, sondern den allgemeinen Sprachgebrauch zu geben, die „in Gegenwart Mehrerer oder in loco publico geschehen oder ins Publikum verbreitet sind (Weber a. D.)“, oder, um die Erläuterung aus dem Grimmschen Wörterbuch (Bd. 7, Leipzig 1889, S. 1179) hierher zu setzen, die „nicht geheim, sondern so geschehen, daß sie viele oder jedermann sehen, hören, lesen und wissen kann“. An und für sich ist für den Begriff der Beleidigung das Mittel, dessen sich der Thäter bedient, ob Geste, Rede, Schrift, bildliche Darstellung, gleichgiltig. Begrifflich gehört es auch nicht zur Beleidigung, ob diese Mittel öffentlich oder nicht öffentlich angewendet werden. Denn die Beleidigung, welche einen rechtswidrigen Angriff auf die Ehre darstellt³⁾, kann durch alle jene Mittel, und durch jedes dieser Mittel entweder öffentlich oder nicht öffentlich, verübt werden. Es kann indes das einzelne positive Gesetz zum Thatbestande der Strafbarkeit für die Beleidigung die Anwendung gerade dieses oder jenes Mittels, beziehungsweise seine öffentliche oder nichtöffentliche Anwendung verlangen.

Das Reichs-Strafgesetzbuch kennt in der Materie der Beleidigungen das Moment der Öffentlichkeit. Die §§ 186 und 187 sehen ausdrücklich, wenn die Beleidigung „öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen“ verübt ist, eine höhere Strafe, als die normal angeordnete, vor. Im französischen Recht ist dagegen das Moment der Öffentlichkeit von ganz anderer Bedeutung. Es ist nicht straffschärfend, sondern straffschaffend, ein Normwidrigkeitsmerkmal. Il n'y a pas de délit de diffamation sans publicité, so heißt es in der Theorie, so heißt es in zahlreichen Entscheidungen des Kassationshofes⁴⁾. „Alle Beleidigungen, welche nicht den doppelten Charakter der Schwere und der Öffentlichkeit haben, werden nur mit einfacher Polizeistrafe belegt,“ bestimmt schon der Art. 376 des c. p. Die Achse, um welche sich seit lange her der kriminelle Begriff der Beleidigung nach französischem Rechte dreht, ist eben das Moment der

³⁾ Eine nähere Entwicklung des Begriffs der Beleidigung ist im Rahmen unserer Aufgabe nicht geboten; vergl. Gabler: Uble Nachrede, Würzburg 1892, S. 32.

⁴⁾ Chassan a. D. I S. 34, Nr. 63; Faivre et Lévy: Code-manuel de la presse, 4. Aufl., Paris 1885, S. 134.

Öffentlichkeit. Strafbar als Vergehen wird eine Beleidigung nur durch ihre öffentliche Verübung. Den Beweis hierfür liefert ein Blick auf die Geschichte und die jetzige Ordnung der Bestimmungen über die Beleidigung, mit welchem zugleich eine Entwidlung des Begriffs und Thatbestandes der Beleidigung nach französischem Recht, soweit sie zum Verständnis der vorliegenden Auseinandersetzungen nötig ist, verknüpft sein wird.

Im Buch III code pénal Tit. 2, der von Verbrechen und Vergehen gegen Privatpersonen handelt (*crimes et délits contre les particuliers*), trägt der siebente Abschnitt des Kapitels I die Überschrift: „Falsches Zeugnis, Verleumdung, Injurien, Entdeckung von Geheimnissen.“ Diese bunte Schlüssel enthält in zehn ihrer Artikel (367—377) Vorschriften über die Beleidigungen. Der code pénal kennt seinerseits zwei Arten von Beleidigungen, die *calomnie* und die *injure*. *Calomnie* begeht, wer jemanden solcher Thatfachen beschuldigt, die ihn einer kriminellen oder korrekzionellen Untersuchung oder auch nur dem Haß und der Verachtung seiner Mitbürger aussetzen (Art. 367). Die *injure* (Art. 375) ist eine Beleidigung, welche nicht den Vorwurf einer bestimmten That, sondern eines bestimmten Fehlers, Lasters (*vice déterminé*) enthält. Für beide Arten war nach dem code Voraussetzung der Strafbarkeit die Öffentlichkeit der Verübung. Diese öffentliche Verübung wurde genau dahin umgrenzt, daß die Beleidigung an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Versammlungen, in authentischen öffentlichen Urkunden, oder gedruckten und ungedruckten angeschlagenen, verkauften oder verteilten Schriften erfolgt sein mußte (Art. 367, 375). Wie sehr das Moment der öffentlichen Verübung für das französische Rechtsbewußtsein das treibende und bestimmende gewesen, kann am besten daraus ersehen werden, daß die Normen über die Beleidigung ihren Sitz aus dem allgemeinen Strafgesetzbuch in die Pressegesetze verlegten. Die Pressegesetze, deren eine Fluth über Frankreich nach und nach unter den jeweiligen Regierungen hereinbrach, wurden *sedes materiae*, weil die Presse das Ausdrucksmittel *κατ' ἑξοχὴν* für die Öffentlichkeit bildet. Seit den Gesetzen vom 17. Mai 1819 (*loi sur la répression des crimes et délits commis par la voie de la presse, ou par tout autre moyen de publication*), 26. Mai 1819 über die Verfolgung (*la poursuite*) jener Delikte, sowie vom 25. März 1822 *sur la répression et la poursuite*, welche sich grundlegend mit den Press-

belikten und ihrer Bestrafung beschäftigten, hat das Vergehen der Beleidigung seine ausschließliche Behandlung in ihnen gefunden. So ist es auch nach dem neuesten, jetzt geltenden Gesetz vom 29. Juli 1881 „sur la liberté de la presse“ geblieben, welches alle frühern Preßgesetze und Verordnungen, 42 an der Zahl, aufgehoben hat und die Beleidigung unter dem Titel: délits contre les personnes in den Artt. 29 bis 35 behandelt⁵⁾.

Die Begriffsbestimmung gibt der Art. 29 des Preßgesetzes im wörtlichen Anschluß an die gleichlautende Fassung des Art. 13 des Gesetzes vom 17. Mai 1819. Die Beleidigung spaltet sich, wie im R.St.G.B., in zwei Hauptklassen: die diffamation (verleumderische Beleidigung), welche an die Stelle der calomnie des c. p. getreten ist, und die injure (einfache Beleidigung). Die diffamation ist nach den Gesetzesworten toute allégation ou imputation d'un fait qui porte atteinte à l'honneur ou à la considération de la personne ou du corps auquel le fait est imputé; also jede Verbreitung oder Behauptung einer Thatfache, welche die Ehre oder Achtung einer Person oder Körperschaft schmälert. Alléguer ist unser Verbreiten, das heißt das Hinstellen einer Thatfache als fremde Mitteilung (annoncer sur la foi d'autrui ou laisser à l'assertion l'ombre du doute); imputer ist unser Behaupten, das Hinstellen einer Thatfache als Gegenstand eignen Wissens (imputer c'est affirmer, Faivre et Lévy a. O. S. 125 und Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen Bd. 30 S. 224). Die diffamation fällt daher zusammen mit dem Thatbestande der §§ 186 und 187 des R.St.G.B.; sie umfaßt sowohl die üble Nachrede einer nicht erweislich wahren Thatfache als auch die wider besseres Wissen ausgestreute Verleumdung einer unwahren Thatfache⁶⁾. Die injure definiert der Absatz 2 des Art. 29 als jeden verlegenden, Verachtung oder Beschimpfung enthaltenden Ausdruck, welcher nicht die Behauptung einer bestimmten Thatfache in sich schließt (toute expression outrageante,

⁵⁾ Spätere Gesetze vom 2. August 1882, 11. Juni 1887, 19. März 1889 und 16. März 1893 haben einzelne Zusätze und Änderungen gebracht, die indes für die vorliegende Abhandlung, abgesehen von dem später noch zu erwähnenden Gesetz vom 11. Mai 1887, ohne Bedeutung sind.

⁶⁾ Diesen Mangel der französischen Gesetzgebung hatte auch das Preussische Strafgesetzbuch vom 14. April 1851, das im § 156 beide Fälle in einem Thatbestand vereinigte.

terme de mépris ou invective, qui ne renferme l'imputation d'aucun fait est une injure). Die injure bedt sich daher ungefähr mit der einfachen Beleidigung aus § 185 des R.St.G.B.

Bei allen Beleidigungen aber, dem Vergehen der diffamation oder der injure, ist auch nach dem Gesetz von 1881 ihre öffentliche Verübung die wesentliche Voraussetzung ihrer Strafbarkeit. Anders wie im R.St.G.B., wird nun nicht der allgemeine Ausdruck: „öffentlich“ gebraucht und seine Auslegung und Umgrenzung der Theorie und Praxis überlassen, sondern es werden die strafbaren Mittel der öffentlichen Verübung (moyens de publication) genau bezeichnet und im Gesetz selber einzeln aufgeführt. Dies geschieht in den Artt. 23 und 28. Jene Mittel der Öffentlichkeit sind:

1. Reden, Rede oder Drohungen, ausgestoßen an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Versammlungen (discours, cris ou menaces proférés dans des lieux ou réunions publics);
2. Schriften oder Druckwerke, verkauft oder verteilt, feilgeboten oder ausgestellt an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Versammlungen (des écrits, des imprimés vendus ou distribués, mis en vente ou exposés dans des lieux ou réunions publics);
3. Plakate oder Anschläge, die öffentlich (aux regards du public) ausgestellt sind;
4. Feilbietung, Verteilung oder Ausstellung von Zeichnungen, Gemälden oder sonstigen Abbildungen (dessins, gravures, peintures, emblèmes ou images).

Nicht also das Reden, Schreiben oder Drucken bildet die Voraussetzung der Strafbarkeit, sondern das Moment der Öffentlichkeit. Daß es sich um ein Thatbestandsmerkmal handelt, darüber kann nach der Fassung des Gesetzes kein Zweifel obwalten. Ebensovienig darüber, daß dieses Thatbestandsmerkmal nur durch die eben beschriebenen Mittel und Formen der Veröffentlichung erfüllt wird. Denn es heißt in allen Artikeln (30 ff.), welche von der Beleidigung handeln, refrainartig immer wieder: la diffamation (ou l'injure) commise par l'un des moyens énoncés en l'article 23 et en l'article 28.

Wir wenden uns jetzt zu einer Erläuterung der obigen Bestimmungen, welche in kurzen Umrissen an der Hand der höchst-

richterlichen Entscheidungen und der französischen Kommentatoren geliefert werden soll. Die im Gesetz von 1881 aufgeführten Mittel der Öffentlichkeit fallen nicht mit den oben angeführten aus dem Art. 367 des code pénal zusammen. Dagegen sind sie fast wörtlich aus dem Art. 1 des Gesetzes vom 17. Mai 1819, abgesehen von einer geringen hier nicht ins Gewicht fallenden Abweichung, entnommen. Die Rechtsprechung vor dem jetzigen Pressgesetz kann daher zur Interpretation herangezogen werden.

Zu 1. Das Wort *proférés* bezieht sich auch auf die „Reden“ zurück. In dem ursprünglichen Entwurf von 1819 hieß es hinter *discours*: „*tenus*.“ Man strich dieses letztere Wort, weil mit dem Wort „*proférés*“ der Sinn einer größern Öffentlichkeit und eines lautereren, besser wahrnehmbaren Vortrages verbunden sei¹⁾.

Öffentlich ist ein Ort (*lieu public*) entweder seiner Natur nach, weil er dem Verkehr der Bürger freisteht, z. B. Plätze, Straßen, öffentliche Promenaden und Wege, oder vermöge dauernder Zweckbestimmung (*destination*), weil er dem Zutritt einer unbestimmten Anzahl von Personen infolge der Bestimmung des Eigentümers geöffnet ist, z. B. Tempel, Kirchen, Museen, Theater, Gastwirtschaften. Endlich kann, wie Chassan (a. D. I §. 47 ff.) mit Recht hervorhebt, ein Ort *par accident* öffentlich werden, wenn er nur vorübergehend dem öffentlichen Zutritt gewidmet wird, z. B. ein Privathaus für eine öffentliche Schausstellung, Versammlung. Das Gesetz spricht zwar nur davon, die Beleidigung müsse an einem öffentlichen Ort ausgestoßen sein und fügt nicht hinzu, daß dort auch Publikum gewesen sein muß. Indes hat der Kassationshof dies für erforderlich erklärt. In der Theorie ist die Frage bestritten. Doch schließt sich die überwiegende Meinung dem Kassationshofe an; denn der öffentliche Ort könne im Moment der Verübung vollständig öde sein und in diesem Falle fehle dem Angriffe der Charakter der Öffentlichkeit²⁾. Wieviel Personen am öffentlichen Orte sich befinden müssen, um ihm den Charakter der Öffentlichkeit zu geben, bleibt Thatsache; es kann auch eine einzige ausreichen. Andererseits ist es nicht nötig, daß die Beleidigung von Dritten ge-

¹⁾ Chassan a. D. I §. 35 Nr. 64; cass. (Abkürzung für Entscheidungen des Kassationshofes) aus dem Jahre 1872, mitgeteilt bei Faivre et Lévy S. 132.

²⁾ Faivre et Lévy S. 133 ff.: cass. 29. Dezbr. 1865 in Sirey: recueil général des lois et des arrêts, Jahrg. 66 S. 310.

hört werde; es genügt, sie an einem öffentlichen Orte so auszu-
stoßen, daß sie von jedem, der ihn passiert, gehört werden kann.
Zutreffend ist auch die Interpretation, daß der Beleidiger trotz des
Wortlautes (*proférés dans des lieux*), sich nicht auf dem öffent-
lichen Orte zu befinden braucht, damit seine Angriffe als auf öffent-
lichem Orte ausgestoßen gelten. Wenn er sie an einem Privatorte
z. B. in einem geschlossenen Hofe, absichtlich so laut ausstößt, daß
sie auf einen öffentlichen Ort hinausdringen, ist das Merkmal
der Öffentlichkeit gegeben. Dagegen hat eine innerhalb eines Hauses
verübte Ehrentränkung nicht den durch das Gesetz vorgeschriebenen
Charakter der *publicité*, wenn sie zwar draußen gehört, dies aber
nicht beabsichtigt wurde. —

Öffentliche Versammlungen sind solche, bei denen der Zutritt
einer von vornherein unbestimmten Anzahl von Personen freisteht.
Hierher gehören nicht Vereinigungen von Familienangehörigen,
Freunden, Bekannten, so zahlreich sie sein mögen⁹⁾. Da hat die
Zunge ihre Freiheit. Auch die Sitzungen eines Stadtrats (*conseil
municipal*) gelten nach zahlreichen Entscheidungen nicht als öffent-
liche Versammlungen, weil der Zutritt kein öffentlicher ist. Das
Gesetz nennt mit Grund neben den öffentlichen Orten die öffent-
lichen Versammlungen. Denn ein Ort ist öffentlich auch ohne Ver-
sammlung auf ihm, während anderseits eine öffentliche Versamm-
lung auch an einem Privatorte abgehalten werden kann.

Zu 2. Bei Schriften und Druckwerken wird die Öffentlichkeit
schon durch die Thatsache des Verkaufs, der Verteilung oder der
Feilbietung geschaffen, wenn dies auch heimlich geschah. Es ist
nicht nötig, daß diese Akte an öffentlichen Orten oder in öffent-
lichen Versammlungen geschehen. Letzteres wird nur für die straf-
bare Ausstellung von Schriften und Druckwerken erfordert. Der
Wortlaut könnte zu Zweifeln Anlaß geben, zumal nach den Worten
„*mise en vente*“ eine Komma fehlt. Indes hat der Kassations-
hof diese von Chassan¹⁰⁾ aus dem Geiste des Gesetzes abgeleitete
Auslegung gebilligt. Hiernach kann die Öffentlichkeit auch ange-
nommen werden, wenn man die Schriften oder Druckwerke einzeln
und geheim an mehrere Personen verkauft, aber den Zweck der
öffentlichen Verbreitung verfolgt. Wenn auch nach dem Wortlaut

⁹⁾ Chassan I S. 47 Nr. 81.

¹⁰⁾ Chassan I S. 37; cass. 16. August 1833.

schon der Verkauf eines Exemplars an eine einzige Person genügen würde, so muß man doch sinngemäß in jedem Falle interpretieren: nicht der Verkauf als solcher wird bestraft, sondern als Mittel der Veröffentlichung und Verbreitung wird er bestraft. Der Verkauf eines Exemplars im Buchladen könnte genügen. — Was die „Verteilung“ (distribution) betrifft, so bedarf es auch dazu nicht einer bestimmten Anzahl. Indes kann die vertrauliche Verteilung eines Schrift- oder Druckwerks an ein, zwei oder drei Personen einer öffentlichen nicht gleich gehalten werden. Die Öffentlichkeit kann freilich auch bei einer zunächst beschränkten Verteilung aus den begleitenden Umständen, insbesondere aus der nachherigen Weiterverbreitung, entnommen werden, wenn dieselbe im Willen des Beschuldigten lag¹¹⁾. Man wird keine Verbreitung in der Übersendung eines Druckexemplars an den Autor, dagegen an einen Kunden sehen¹²⁾. Die Beleidigung, welche in einer Petition an die Kammer enthalten ist, wird öffentlich, sobald der Kammerbericht sie verbreitet hat. Das Hineinwerfen eines beleidigenden Stimmzettels in eine Urne hat einen strafbaren öffentlichen Charakter, weil der Stimmzettel für die Kenntnisaufnahme in öffentlicher Versammlung bestimmt ist.

Zu 3. Wenn das Vergehen durch „Plakate oder Affichen“ begangen wird, ist die Ausstellung an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Versammlungen nicht nötig. Das Moment der Öffentlichkeit ist schon ausreichend durch die Ausstellung *aux regards du public* erfüllt. Auch wenn die Plakate oder Anschläge an einem privaten Orte in der Weise ausgestellt sind, daß sie an diesem Orte vom Publikum gelesen werden können, z. B. an einem Fenster, das auf die öffentliche Straße geht, ist die Ausstellung eine öffentliche¹³⁾.

Zu 4. Die Worte: „dessins, gravures, peintures, emblèmes ou images“ sollen alle Schöpfungen der zeichnenden und malenden Künste und Gewerbe, also auch Photographieen, Lithographieen, mitumfassen. Dagegen werden die Werke der Bildhauer-

¹¹⁾ Cass. 23. März 1844, Bulletin criminel; Faivre et Lévy S. 136.

¹²⁾ Der Begriff der „Verbreitung“ im Sinne des R.St.G.B. hat eine den obigen Darlegungen ähnliche Auslegung erfahren; vgl. Gabler a. O. S. 81 ff., Entsch. des R.G. Bd. 7 S. 114.

¹³⁾ Chaffan I S. 39.

kunst nicht mitumfaßt. Diese Art der Veröffentlichung eines Gedankens ist durch das Gesetz nicht getroffen¹⁴⁾.

Zieht man das Ergebnis der bisherigen Erläuterungen, so wird man die Einzelaufzählung der Mittel nicht für eine besonders glückliche erklären. Weit einfacher und empfehlenswerter ist die Fassung des Reichsstrafgesetzbuches: „öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen.“ Mit Recht ist hier von einer katalogartigen Bestimmung dessen, was unter Öffentlichkeit zu verstehen ist, im Hinblick auf die Mannigfaltigkeit des Lebens absichtlich abgesehen¹⁵⁾. Gemäß der Theorie und Jurisprudenz wird eine Handlung als öffentlich angesehen betrachtet, wenn „sie in einer Art und Weise vorgenommen wird, daß sie unbekannt von welchen und wie vielen Personen wahrgenommen werden kann“. Wesentlich ist die Frage bleibt es, ob im Einzelfalle Öffentlichkeit der Handlung anzunehmen ist oder nicht. Bei dieser Begriffsbestimmung von Öffentlichkeit stellt sich die Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen nur als ein Unterfall der öffentlichen Begehung dar¹⁶⁾.

Die Mängel der französischen Fassung, welche bestimmte einzelne Fälle hervorhebt, haben sich, wie bei aller zu weit getriebenen Spezialisierung, bald gezeigt. Oft sah sich der Richter nicht in der Lage, zu bestrafen, wiewohl die Art der Verübung dem Geiste des Gesetzes nach eine öffentliche war, weil der Wortlaut ihn im Stiche ließ. Mißstände, namentlich bei Beleidigungen in offenen Postarten, welche nach Lage der französischen Gesetzgebung nicht als öffentlich verübt angesehen werden konnten, haben zum Erlaß eines Gesetzes vom 11. Juni 1887 über Beleidigungen auf offenen Post- und Telegrammkarten geführt¹⁷⁾. Ein tragisches Ereignis, der Mord, den Frau Clovis Hugues gegen einen Agenten Morin verübte, welchem sie die Autorschaft verschiedener beleidigender Post-

¹⁴⁾ Dalloz a. O. Nr. 494 ff.

¹⁵⁾ Dies heben die Motive zum R. St. G. B. (Vorbemerkung zum Abschn. VII) hervor.

¹⁶⁾ Lischhausen, 4. Aufl., Kommentar zu § 186 Anm. 6 und zu § 110 Anm. 5, sowie die dort citierte Abhandlung von Mevius: Zu dem Begriff der Öffentlichkeit; Entsch. des R. G. Bd. 1 S. 358.

¹⁷⁾ Loi concernant la diffamation et l'injure commises par les correspondances postales ou télégraphiques circulant à découvert; Annuaire de législation française. Paris, librairie Cotillon, Jahrg. '87, S. 87 ff.

arten an sie zuschrieb, gab der französischen Gesetzgebung die erste Anregung zum obigen Gesetze. Das Ziel war, die Post- und Telegraphenarten den im Art. 23 des Preßgesetzes aufgezählten Mitteln der Öffentlichkeit gleichzustellen. Die Veröffentlichung wird in der Aufgabe zur Versendung an die Post- beziehungsweise Telegraphenverwaltung und der demnächstigen Versendung gesehen. Das aus zwei Artikeln bestehende Gesetz straft indes mit Rücksicht darauf, daß bei diesen Mitteln die Öffentlichkeit eine beschränktere ist, milder als das Preßgesetz¹⁸⁾.

Wie steht es nun mit der nicht öffentlichen Beleidigung nach französischem Strafrecht? Für sie bestimmt der Absatz 3 des Artikel 33: „Si l'injure n'est pas publique, elle ne sera punie que de la peine prévue par l'article 471 du Code pénal.“

Gemeint ist die Ziffer 11 des Art. 471, der in Verbindung mit dem Art. 376 für die nicht öffentliche injure in Kraft geblieben ist, und dieselbe mit einer Geldstrafe von 1 bis 5 Francs, also als einfache Polizeiübertretung bestraft. Die Bestrafung tritt nicht ein, wenn der Injuriant gereizt worden ist; *parva delicta mutua compensatione tolluntur*. Die diffamation also, welche nicht öffentlich begangen wird, bleibt nach dem neuen Preßgesetz straflos, es sei denn, daß sie nebenher den Charakter der injure hat. Zuständig für die Aburteilung der nicht öffentlichen injure, also derjenigen, welche nicht durch eines der im Art. 23 und 28 aufgeführten Mittel verübt wird, ist das Polizeigericht (*tribunal de simple police*), bei welchem ein Einzelrichter fungiert¹⁹⁾.

Als eine besondere Deliktsart, bei welcher gleichfalls das Moment der Öffentlichkeit keine Rolle spielt, kennt noch der code in den, durch ein Gesetz vom 15. Mai 1863 modifizierten Artt. 222 ff. die outrage. Ihre Definition ist schwierig. *Outrage terme vague: tout ce qui choque, tout ce qui offense; cela se sent, mais ne se définit pas*²⁰⁾. Sie ist eine Verletzung der, öffentlichen Gewalthabern schuldigen Ehrerbietung oder Artigkeit (*délicatesse*) durch Wort, Schrift, Abbildung (*écrit ou dessin*

¹⁸⁾ Bei uns wird die durch Absendung einer telegraphischen Depesche begangene Beleidigung als keine öffentliche angesehen (Dishausen Anm. 6 zu § 186, Dambach, Gerichtsfaal, Bd. 23 S. 296).

¹⁹⁾ Faivre et Lévy S. 163 und 164; Dalloz a. D. Nr. 1060 ff.

²⁰⁾ Faivre et Lévy S. 110, 123, 143 ff.

non rendus publics), Geberde oder Drohung in oder bei Ausübung ihrer Amtsverrichtungen. Die öffentliche Begehung ist also nicht Voraussetzung der Strafbarkeit; la publicité n'est jamais un élément essentiel du délit d'outrage (Dalloz a. O. Nr. 719). Wesentlich aus diesem Grunde nimmt auch der Kassationshof an, daß die fraglichen Bestimmungen in Kraft geblieben seien, weil sie ein délit spécial d'outrage, von Amtswegen verfolgbar und ohne Zulassung des Wahrheitsbeweises, geschaffen haben²¹⁾.

Wir wenden uns nun zu einer Kritik der Frage, ob die Regelung des französischen Rechts oder die des deutschen eine empfehlenswertere ist, und schicken sofort voraus, daß wir der französischen den Vorzug geben, ohne indes soweit zu gehen, die nicht öffentliche Beleidigung mit einer einfachen Polizeistrafe von 1 bis 5 Frcs. durchgehen zu lassen. Der prinzipiellen Kritik dieser Frage begegnet man gegenwärtig in der Literatur fast gar nicht. Seit unvordenklichen Zeiten ist alles zwar darüber einig, daß die Öffentlichkeit ein strafe erhöhendes Moment bei der Beleidigung bilden müsse; ob sie aber geradezu zum Thatbestandsmerkmal und zur Voraussetzung der Strafbarkeit gemacht werden solle, darüber findet man keine Erörterung. Von Interesse und Wichtigkeit wird es daher sein, in einem kurzen geschichtlichen Rückblick und in einer Auschau auf andre Gesetzgebungen diejenigen Momente zusammenzustellen, welche für die Beantwortung der Frage erhebliches Material liefern.

Das alte römische Recht, namentlich auch das Zwölftafelgesetz, bedrohte, abgesehen von der hier nicht interessierenden Realinjurie (os ruptum), nur die öffentlichen Schmähungen und Pasquille, gegen die allein es, wie Liszt mit Recht hervorhebt, empfindlich war. Si quis occentasset sive carmen condidisset, quod infamiam faceret flagitiumve alteri, fuste ferito. Es ist also harte Leibesstrafe gegen die Libellisten angedroht.²²⁾ Und wenn in der späteren Zeit auch andre Beleidigungen, als öffentliche, der Strafbarkeit verfielen, so blieben doch die laute und öffentliche

²¹⁾ Casati, code pénal commenté, Paris 1890/91, S. 97 ff.; Ortolan, éléments de droit pénal, Paris 1886, II § 1723.

²²⁾ Berner, Lehrbuch des deutschen Strafrechts, 7. Aufl. S. 437; Liszt, Lehrbuch, 4. Aufl. § 96; Weber, a. O. I, S. 108.

Schmähung, das *convicium*²³⁾, sowie die *libelli famosi*, die anonymen und pseudonymen Schmähschriften, die Pasquille, mit strenger Strafe, unter den Despoten der Kaiserzeit sogar mit Todesstrafe, bedroht. Ebenso wurde auch als ein Moment der *atrox* (grobe) *iniuria*, im Gegensatz zur *levis* (geringe), namentlich der öffentliche Ort der Begehung betrachtet (*Gaius instit. III § 225: atrox iniuria aestimatur vel ex facto . . . vel ex loco, velut si cui in theatro aut in foro iniuria facta sit*). Die pasquillinische Form hat, abgesehen von dem Moment der anonymen Hinterhältigkeit, zweifelsohne deswegen ihre höhere Strafbarkeit gefunden, weil sie mit das wirksamste Mittel der Veröffentlichung und Verbreitung beleidigender Angriffe bildet. Deswegen gehört sie auch in diesen Zusammenhang. Die Verbreitung eines Schriftwerks ist eben von jeher ein Hauptfall der Öffentlichkeit, wie sie es auch im R.St.G.B. geblieben ist.

Wenn in den alten deutschen Volksrechten das Moment der öffentlichen Begehung keine straffschaffende Rolle spielt, so hängt dies damit zusammen, daß „die Ehre der Germanen voll und ganz in der Person und mit dieser in der Anerkennung von Seiten der Genossen wurzelte, die durch jedes Wort verletzt werden konnte“ (Liszt a. O.). Allein es ist folgendes mit allem Nachdruck hervorzuheben²⁴⁾.

In den nordischen Rechten erhöhte die größere Öffentlichkeit die Strafbarkeit. Sie beschäftigen sich schon ausführlich mit Spottgedichten und Aufrichtung von Reidsangen. Ja in einzelnen der nordischen Rechte scheint die öffentliche Begehung sogar Bedingung der Strafbarkeit gewesen zu sein²⁵⁾. Letzteres findet sich zum Teil noch in den deutschen Rechten des Mittelalters; z. B. wird im Saarbrücker Freiheitsbrief von 1321 die Verlesung „vor Gericht, auf dem Markt, auf Jahrmessen oder wo viel Leute wären“ verlangt. Jedenfalls aber ist in den mittelalterlichen Rechten allgemein anerkannt, daß jede Injurie zu einer schweren und höher strafbaren durch die Öffentlichkeit der Ver-

²³⁾ Quod non in coetu, nec vociferatione dicitur, *convicium* non proprie dicitur l. 15, § 12 Dig. de iniur. et fam. lib. 47, 10.

²⁴⁾ Die Abhandlung von Köstlin: „Die Ehrverletzung nach deutschem Rechte“, in der Zeitschrift für deutsches Recht, Bd. 15 Jahrg. 1855 S. 151 ff. bietet ein reiches Material.

²⁵⁾ Köstlin a. O. S. 424.

übung werde, daß sie *atrox loco* werden kann. Mit dem Moment der Öffentlichkeit, wie es eben charakterisiert ist und wonach es auch durch einen in bleibenden Zeichen ausgedrückten und verbreiteten Angriff (Pasquill, Schmähschrift), der gleichsam sichtbare und greifbare Form angenommen hat, erfüllt werden kann, hängt es auch zusammen, daß die Schandbriefe weit schwerer bestraft werden. Man begegnet häufig der Auffassung, ein gesprochenes Wort sei wie der Wind, dabei möge die Zuriidnahme genügen; wenn aber solche Verhöhnung mit Schandbriefen geschehe, so müsse man denen, welche sie schreiben, aushängen oder offenbaren, das Haupt abschlagen²⁶). Viele mittelalterlichen Rechte nehmen von mündlicher Verleumdung gar keine Notiz und lassen es zweifelhaft, ob sie auf dieselbe Gewicht legen. Ein Teil läßt mündlich und hinterrücks verübte nur dann als Delikte bestehen, wenn der Beleidiger sie ins Gesicht wiederholt und dadurch gleichsam zu einer öffentlichen und offenbaren stempelt. In der peinlichen Gerichtsordnung Karls V. (Art. 110) ist nur das libel famos, durch welches einem Unschuldigen ein an Leib, Leben oder Ehre strafbares Verbrechen vorgeworfen wird, erwähnt und nach dem Geseze der Wiedervergeltung, der Talion, mit der Strafe des fälschlich vorgeworfenen Verbrechens bedroht²⁷). Je mehr sich die Buchdruckerkunst entwickelte, umso mehr haben dann die Straffsazungen gegen Pasquille und Schmähschriften eine hervorragende Rolle in den Reichsgesetzen gespielt.

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf das englische und das frühere preußische Recht, welche einige ins Gewicht fallende Momente enthalten. Ersteres trennt scharf die mündliche Injurie (*slander*) von der schriftlichen (*libel*). Nach der älteren Ansicht sah man in bloß wörtlichen Ehrenkränkungen, wenn nicht durch sie das Leben des Geschmähten in Gefahr gebracht werden konnte, kein strafbares Delikt; eine Kriminalklage wurde versagt, weil man die Redefreiheit schützen wollte. Nur die Zivilklage auf Entschädigung (*damages*) war gegeben. Erst die spätere Jurisprudenz gewährte in solchen Fällen mündlicher Injurie eine Straffklage, welche einen erheblichen und schweren Nachteil für den Geschmähten im Gefolge hatten oder haben konnten, z. B. durch den Vorwurf eines

²⁶) Köstlin a. D. S. 193; Langenbedische Glosse zu den Hamburger Statuten, die sich in dieser Bestimmung an den Schwabenspiegel annähern.

²⁷) Feuerbach a. D. § 300 ff.; Weber a. D. III S. 109.

Verbrechens. Dagegen wurde die schriftliche Injurie, das libel, welches in bösslichen Veröffentlichungen (maliciously) von Ehrenkränkungen und Schmähungen durch Druck, Schrift, Zeichen oder Bilder besteht, von jeher als Kriminalverbrechen angesehen und mit strenger Strafe bedroht, woneben auch der Weg der Civilklage auf Entschädigung freistand. Der Grund liegt neben dem Friedensbruch, den man im libel fand, der aber auch in der mündlichen Injurie gefunden werden konnte, zweifelsohne darin, daß durch die Schrift eine Äußerung mehr verbreitet wird und dadurch dem Geschmähten nachteiliger werden kann, wie auch Mittermaier hervorhebt²⁹⁾.

Im preussischen Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 findet sich eine dem französischen Recht ungemein angenäherte Art der Behandlung. Die einfache Beleidigung wird alsdann bestraft, wenn sie „öffentlich oder schriftlich“ begangen ist (§ 152). Eine öffentliche Beleidigung ist nach § 152 vorhanden, wenn die Beleidigung an einem öffentlichen Orte oder in einer öffentlichen Zusammenkunft, oder wenn sie durch Schriften, Abbildungen oder Darstellungen geschieht, welche verkauft, verteilt oder umhergetragen oder an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausgestellt oder angeschlagen werden. Bei der üblen Nachrede, beziehungsweise der Verleumdung (§ 156) wird das Moment der Öffentlichkeit nicht erfordert. Und endlich wird die einfache Beleidigung, die weder öffentlich noch schriftlich begangen ist, als Übertretung mit einer Geldbuße bis zu 50 Thalern oder mit Gefängnis bis zu 6 Wochen bestraft (§ 343).

Dieser Überblick hat jedenfalls ergeben, daß zu den verschiedensten Zeiten und in den verschiedensten Ländern das Moment der Öffentlichkeit eine weit größere Bedeutung, als nur der Straferhöhung, gehabt hat. Die Öffentlichkeit war entweder Bedingung der Strafbarkeit überhaupt, oder aber sie stempelte das Delikt zu einem artverschiedenen, zur iniuria atrox. Man übersehe auch nicht, daß die ratio derjenigen Gesetzgebungen, welche die durch bleibende Zeichen, Schrift, Druck usw. verübte Beleidigung besonders hervorheben und schwerer bestrafen, gleichfalls in der größeren Ver-

²⁹⁾ Mittermaier, Beiträge zur Lehre von den Ehrenkränkungen, Neues Archiv des Kriminalrechts, Jahrg 1832, S. 531 und die S. 529 citierten Belegstellen aus Blackstone; Henry J. Stephen, Handbuch des englischen Strafrechts und Strafverfahrens (1843) S. 142 ff.

breitungs-Möglichkeit zu suchen ist. Und selbst in denen, welche, wie die deutsche, das öffentlich begangene Delikt zunächst nur mit Straferhöhung auszeichnen, zeigt sich sein besondrer Charakter in eigenartigen Straffolgen. Dem Beleidigten wird, auch ohne seinen Antrag, die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen zu veröffentlichen (§ 200 R.Str.G.B.). Öffentlich wie das Vergehen, soll auch gewissermaßen die Buße sein²⁹⁾. In manchen Rechten, z. B. im gemeinen, knüpfte sich an die öffentliche oder pasquillinische Form der Begehung die Folge des Einschreitens von Amtswegen³⁰⁾. Wie in der Tierwelt gewisse Rudimente auf frühere andersartige Gestaltungen hinweisen, so sind auch jene Erscheinungen unbewußt nachwirkende Anklänge an einen besondern Deliktcharakter der öffentlichen Beleidigung.

De lege ferenda wäre auch für unser deutsches Recht eine verschiedene Behandlung der öffentlichen und nichtöffentlichen Ehrenkränkungen in dringende Erwägung zu ziehen. Es ist meines Erachtens zu empfehlen, die nicht öffentlich begangene Ehrenverletzung, gleichgiltig ob einfache Beleidigung oder üble Nachrede (§ 185, 186 des R.St.G.B.), als Übertretung zu strafen. Für den Verleumder, den wissentlichen Ehrabschneider (§ 187), bleibe es bei der bisherigen Regelung.

Die sonstigen Beleidigungen aber, welche nicht öffentlich begangen werden, verdienen eine andre und mildere Beurteilung. Sie erfolgen gleichsam zwischen den vier Wänden und unter vier Augen. Weit wirksamer, als die staatliche Strafe, ist gegen sie das Stigma gesellschaftlicher Achtung. Hinsichtlich der einfachen Beleidigung, der Schelt- und Schimpfworte, dürfte eine weitere Begründung überflüssig sein. Wer, der in der Praxis steht, hätte da nicht schon bedauert, daß diese Übereilungen der Zunge, dieses Überschaumen des Temperaments als Vergehen geahndet werden? *Lubricum linguae ad poenam facile trahendum non est.* Freilich kann auch auf dem geheimen Schleichwege nicht öffentlicher Nachreden — dies ist nicht zu verkennen — manches Menschenglück

²⁹⁾ Das neue französische Preßgesetz kennt eine derartige Straffolge nicht, sondern in Art. 49 Abs. 3 nur die Unterdrückung oder Vernichtung der feilgebotenen, verkauften oder ausgestellten Exemplare; dem Preßgesetz vom 26. Mai 1819 (Art. 26) war die Straffolge bekannt.

³⁰⁾ Berner S. 452.

zerstört werden. Indes wird dieses Unheil durch Paragraphen des Strafgesetzbuchs nicht verhütet. „Im menschlichen Umgange sind gegenseitige Abneigung, Zänkereien und Streitigkeiten nicht zu vermeiden; ihre Abstimmung und Folgen gehören aber keineswegs vor die Justiz, so lange sie nicht in Angriffe ausarten, womit die Ruhe und Sicherheit im ganzen nicht bestehen kann“³¹⁾. Eine sittliche Hebung und Erziehung des Volkes, welche den Geschichtsträger und Reisetreter verachten und aus der guten Gesellschaft verbannen lehrt, wird der beste Kiegel sein. Und andererseits, wie schwer leiden nicht gerade die gesunden Instinkte der Volksseele durch die Möglichkeit, Beleidigungen aller Art vor den Strafrichter zu zerren? Weniger weil man wirklich an seiner Ehre geschädigt ist oder weil man wenigstens eine solche Schädigung empfindet, als um sein Mütchen zu kühlen und dem Gegner wehe zu thun, wird der Strafrichter angerufen. Jeder Gang in den Gerichtssaal wegen derartiger Streitigkeiten schafft Verbitterung auf beiden Seiten. Trotz aller Vergleiche, die häufig genug Zwangsvergleiche sind, wird man von Versöhnung und Frieden, die in die Gemüter einziehen, nicht reden können. Überdies ist es auch gegen die nicht öffentliche Beleidigung ein ausreichender Strafschutz, wenn sie als Übertretung bestraft würde. Die Erfahrung lehrt, daß in diesen Fällen die Höchststrafen der Übertretung nur selten erreicht werden. Wenn aber schon durch die Strafandrohung derartige Beleidigungen als unerhebliche Übertretung charakterisiert werden, wenn ferner für die Verfolgung der Amtsrichter ohne Mitwirkung von Schöffen für zuständig, vielleicht auch der amtsrichterliche Strafbefehl (§ 447 ff. St.P.O.) für anwendbar erklärt würde, sollte sich dann nicht nach und nach eine Volksanschauung dahin bilden, derartige Beleidigungen vornehmlich durch die gesellschaftliche Achtung des Beleidigers zu bestrafen und die Gerichte immer seltener anzugehen?

Und gewiß ist auch die dadurch in Aussicht stehende Entlastung der Strafgerichte nicht gering anzuschlagen. Die Befreiung von diesen unangenehmsten der Bagatellen würde für viele Beamte die Arbeitsfreudigkeit steigern. Ein Blick auf die Justizstatistik lehrt, wie hoch in Deutschland die Belastung mit Beleidigungsprozessen, und daß die Frage der Entlastung ernstlicher Erwägung wert ist.

³¹⁾ Weber I, S. 11.

Die im Jahre 1896 von den deutschen Gerichten abgeurteilten Beleidigungen belaufen sich auf 96 469 Fälle, wovon 73 739 mit Verurteilung, 15 345 mit Freisprechung und 7385 mit Einstellung endeten. Allein auf den Bezirk des Kammergerichts Berlin entfallen in jenem Jahre 10 481 Fälle! Der Erläuterungsbericht zur Kriminalstatistik für das Jahr 1895 hebt zu der Thatfache, daß im Jahre 1895 53 192 Personen (oben handelt es sich um die einzelnen strafbaren Handlungen) wegen Beleidigung bestraft worden sind, hervor: „Es ist jedoch daran zu erinnern, daß dieses zahlenmäßig sehr hervorragende Delikt nur auf Antrag zu verfolgen ist und keine tiefe Bedeutung hat. 41 637 Verurteilte sind nur mit Geldstrafen belegt, 739 erhielten Haftstrafe und nur 2146 Personen Gefängnisstrafe von mehr als 30 Tagen. Hieraus dürfte die Unerheblichkeit der Ausschreitungen in vielen Fällen hervorgehen“³²⁾. Hieraus folgt aber weiter, daß diese unerheblichen Ausschreitungen, wozu vor allem die nicht öffentlichen einfachen Beleidigungen und üblen Nachreden gehören, welche wohl bis 95 pCt. unter die mit Geldstrafe belegten fallen, endlich aus dem Rodez der Vergehen in den ihnen entsprechenden der Übertretungen vom Gesetzgeber überzuleiten sind.

Haben sich auch die hier vertretenen Anschauungen bisher nicht zu einem Vorschlage, wie dem unsrigen verdichtet, so begegnet man doch bei Schriftstellern, welche nicht bloß graue Theorie verteidigen, sondern tiefe Blicke ins Leben gethan haben, grundsätzlichen Ansichten, welche auf ein ähnliches Ziel hinsteuern. Der Staat dürfe, führt Weber mehrfach und nachdrücklichst aus³³⁾, im Schutze der Injurien nicht zu weit gehen, er ziehe sonst unbillige Forderungen übertriebener Empfindlichkeit groß, und zerstöre einen gesunden gesellschaftlichen Verkehr und das Vertrauen, welches man bei privaten Mitteilungen in seinen Nebenmenschen setzen solle und dürfe. Berner warnt mit Recht, der Gesetzgeber dürfe dem gesellschaftlichen Umgang nicht die natürliche Unbefangenheit rauben und auch den Richter nicht zu einem in die engsten persönlichen Verhältnisse eindringenden Großinquisitor machen. Kein geringerer

³²⁾ Kriminalstatistik für das Jahr 1895 und 1896, in der Statistik des Deutschen Reiches. Neue Folge, Bd. 89 und Bd. 95. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht.

³³⁾ Weber a. O. I S. 5, 107 ff.

als Montesquieu³⁴⁾ huldigt ähnlichen Ansichten: „Mais ce qui se dit dans ces épanchements de cœur que la conversation produit entre deux amis ne peut être regardé que comme des pensées.“ Einen erheblichen Schritt vorwärts auf diesem Wege und zur sittlichen Gesundung des Volkslebens würde es bedeuten, wenn man die nicht öffentlichen Beleidigungen im Sinne des obigen Vorschlages behandelte.

II.

Der Wahrheitsbeweis (preuve de la vérité).

Ein noch höheres Interesse als die Bestimmungen über die Öffentlichkeit beansprucht die Gestaltung des Wahrheitsbeweises im französischen Beleidigungsrecht. Der Begriff ist einfach definiert, er fließt aus der Natur der Sache. Der Wahrheitsbeweis besteht in dem Nachweis, daß die, gemäß dem Thatbestande der jeweiligen Strafgesetze beleidigende Behauptung den Thatfachen entspricht, also wahr ist³⁵⁾. Aus dem Begriff ergibt sich schon, daß jener Beweis nicht gegeben ist, wenn die Ehrenkränkung nicht die Behauptung irgend einer Thatfache, diese im weitesten Sinne genommen³⁶⁾, in sich schließt, z. B. bei beleidigenden Gesten, Griffen, gemeinen Schimpfwörtern usw. Seine Eigenart erhält der Wahrheitsbeweis im französischen Recht dadurch, daß er im Hinblick auf die Beleidigten, die Angegriffenen ganz verschieden normiert ist.

Die französisch-rechtlichen Grundsätze lassen sich dahin zusammenfassen: der Wahrheitsbeweis ist beleidigten Privatpersonen gegenüber ausgeschlossen, zugelassen aber gegenüber beleidigten Behörden und Beamten (Art. 35). Wer also eine Privatperson in der Presse eines Betruges bezichtigt, wird nicht mit dem Beweise gehört, daß der Betreffende betrogen oder

³⁴⁾ Montesquieu, *Grandeur et décad. des Rom.*, ch. 14; vgl. auch Burckhardt: *Griechische Kulturgeschichte* Bd. 2 S. 361 über athenische Anschauungen.

³⁵⁾ v. Lilienthal, „Wahrheitsbeweis“ in v. Holkenhorffs *Rechtslexikon*, 3. Auflage, Leipzig 1881, S. 1220—1223, hat die für das R.St.G.B. geltenden Grundsätze zusammengestellt; Chassan a. O. II S. 382—426; Dalloz a. O. „de la preuve“ Nr. 1840 ff.

³⁶⁾ Thatfachen (faits diffamatoires) in diesem Sinne sind nicht bloß äußere Geschehnisse, sondern auch die sogenannten „inneren Thatfachen“, also Motive, Absichten, Zweck und Urteile, die sich auf bestimmte Handlungen und Eigenschaften beziehen; vgl. Gabler a. O. S. 46 ff., Olschhausen, *Komm. Ann.* 2a zu § 186, *Entsch. des R.G.* Bd. 1 S. 52, Chassan II, 393 ff.

wegen Betruges verurteilt sei. Legte er selbst das Urteil auf den Tisch des Gerichts nieder, so würde auch dies ihn nicht der Bestrafung entziehen. Diese Bestimmung brachte nichts Neues, sie schloß sich vielmehr alten französischen Rechtsanschauungen an. Das Privatleben, sagt der Franzose, soll nicht auf den Markt der Öffentlichkeit gezerrt werden. Wer das private Leben und Treiben auf die Gasse und in die Gasse schleift, soll bestraft werden. Es interessiere die Öffentlichkeit nicht, oder solle sie wenigstens nicht interessieren, was Peter oder Paul, die sich mit öffentlichen Dingen nicht beschäftigen, begangen haben. Die alte französische Jurisprudenz verwarf den Wahrheitsbeweis. Auch im vorigen Jahrhundert hatte die französische Praxis, durch die Autorität von Argeñtré beeinflusst, welcher Verleumdungen als weibisch, unwürdig und deswegen unentschuldigbar bezeichnete, die Einrede der Wahrheit mit großer Ungunst behandelt (Chassan a. O. II S. 388). Der code pénal ließ zwar grundsätzlich den Beweis der Wahrheit zu, unterwarf ihn indes derartigen formellen Beschränkungen, daß die Zulassung eigentlich auf eine Ausschließung hinauskam. Als falsch wird nämlich jede Beschuldigung betrachtet (Art. 368, 370, 371), für welche nicht sofort der gesetzlich allein gestattete Beweis aus einem Urteil oder einer andern öffentlichen Urkunde (*acte authentique*) erbracht wird. Wurde der Beweis in dieser Form sofort beigebracht, so trat Straffreiheit ein, sonst aber Bestrafung. Ein Beweis, der nicht sofort und nicht mit obigen Urkunden erbracht wurde, fand kein Gehör. Diese Bestimmungen des c. p. bezogen sich ohne Unterscheidung auf Beleidigungen gegen Privatpersonen und gegen Behörden oder Beamte. Mit Recht hat man hervorgehoben, daß mit Rücksicht auf die Zulassung nur eines, und eines höchst schwierigen Beweismittels — eine *probatio diabolica* — der Grundsatz des code, die Wahrheit des beleidigenden Vorwurfs gewähre Straffreiheit, ein toter Buchstabe blieb (Chassan a. O. II, 390). Das Gesetz vom 26. Mai 1819 (Art. 20), welches auch in dieser Frage grundlegend für die spätere Gesetzgebung blieb, änderte daher den Grundsatz des code pénal. Es schloß den Wahrheitsbeweis bei Beleidigungen gegen Privatpersonen überhaupt aus³⁷⁾. Dieser Grundsatz des Schutzes des Privat-

³⁷⁾ Nul ne sera admis à prouver la vérité des faits diffamatoires, si ce n'est dans le cas d'imputation contre des dépositaires ou agents de l'autorité usw.

lebens — la vie privée doit être murée! — gewann in Frankreich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt noch mehr Boden. Hat doch ein jetzt obsoletes Gesetz vom 11. Mai 1868, bekannt unter dem Namen der „Mauer des Privatlebens“ (mur de la vie privée oder mur Guilloutet nach dem Namen des Urhebers) den periodischen Druckschriften jede auf Thatfachen des Privatlebens bezügliche Veröffentlichung bei Strafe von 500 Frcs. verboten. Bei der Beratung des Gesetzes vom 29. Juli 1881 hat die Frage des Wahrheitsbeweises in den französischen Kammern und deren Kommissionen zwar zu den lebhaftesten Debatten Veranlassung gegeben, indes war ihr Schicksal bei der gekennzeichneten öffentlichen Stimmung von vornherein besiegelt. Ein Amendement des Abgeordneten Ballue, welches den Wahrheitsbeweis stets zulassen wollte (la vérité du fait diffamatoire pourra toujours être établie), wurde mit großer Mehrheit verworfen, wiewohl gute Gründe hierfür ins Feld geführt wurden. Ballue führte aus, daß gerade zum Schutze der beleidigten Person der Wahrheitsbeweis dienen könne. Er wies auf folgendes Beispiel hin. Ein einfacher Bürger, der keinerlei öffentliche Stellung bekleidet, wird in einer Zeitung eines Diebstahls bezichtigt. Er wendet sich ans Gericht. Der Redakteur wird verurteilt, erklärt aber, als er den Gerichtssaal verläßt: „Ich bin verurteilt, weil mir das Gesetz verbietet, in das Privatleben eines Mitbürgers einzudringen, aber diese Verurteilung beweist nichts dafür, daß meine Beschuldigung eine falsche ist“. In diese Lage werde ein ehrenwerter Mensch gebracht, wenn ihm unmöglich gemacht sei, zu beweisen, daß er verleumdet worden. Die überwiegende Mehrheit lehnte das Amendement ab und schloß sich dem Beschluß der Kammerkommission an, deren Bericht etwa folgendermaßen argumentierte. Darf einer das Privatleben eines Bürgers stören, z. B. eine Verurteilung, die er einmal erlitten, eine Sünde, die er einmal begangen, und die vergessen sind, wieder aufleben lassen? Würde die Zulassung des Beweises nicht gerade eine Verschärfung der Beleidigung bedeuten und eine Störung des Friedens in das Privatleben eines Menschen, der allen öffentlichen Dingen fremd ist, bringen? Wo liegt hier das Interesse, den Beleidiger zu schonen? Einem einmal bestraften Menschen wäre es schwer möglich und ohne Interesse, sich zu bessern, wenn er steten beleidigenden Vorwürfen seiner Bestrafung ausgesetzt wäre³⁸⁾. Die

³⁸⁾ Faivre et Lévy a. D. S. 170 ff.

Kammer hat daher auch den Vorschlag ihrer Kommission abgelehnt, welche den Wahrheitsbeweis bei Privatbeleidigungen dann gestatten wollte, wenn der Beleidiger eine strafbare Handlung, durch welche er selbst verletzt worden war, Jemanden vorgeworfen hatte. Sie hat nur einen Aufschub der Verfolgung und des Urteils gegen den Beleidiger bis zur Beendigung einer bereits eingeleiteten, beziehungsweise beantragten Untersuchung über die vorgeworfene strafbare Handlung vorgeschrieben (Art. 35 Abs. 4; ähnlich § 191 R.St.G.B.). Auch die von einer Seite beantragte Zulassung des Wahrheitsbeweises für den Fall, daß der Verleumdete ihn verlange, wurde abgelehnt. Dies mit Recht. Denn bei einem Verzicht des Verleumdeten auf den Nachweis würde er dadurch zu seinen Ungunsten die Vermutung für die Wahrheit der Anschuldigung hervorrufen. Zeitungsberichte über Beleidigungsprozesse, bei denen der Wahrheitsbeweis ausgeschlossen ist, verbietet Art. 39 des Pressegesetzes; das Verbot erstreckt sich nicht auf die Veröffentlichung der Klage (*plainte*) oder des Urteils. Der Bericht der Kommission hob noch unterstützend hervor, es wäre ja dem Verleumdeten, wenn die Beschuldigung unwahr, jederzeit ein Mittel gegeben dies zu beweisen: nämlich der Weg der Zivilklage auf Entschädigung, bei welcher die Beweisbeschränkungen nicht obwalten.

Die Gründe, welche im französischen Strafverfahren zur Ausschließung des Wahrheitsbeweises bei Privatbeleidigungen geführt haben, können bei genauer Prüfung nicht für durchschlagend erachtet werden. Die grundlegenden Fragen über „die Einrede der Wahrheit, die *exceptio veritatis*“, wie die technische Bezeichnung lautete, haben von deutschen Schriftstellern Mittermaier und Röstlin³⁹⁾ am eingehendsten unter Heranziehung eines umfangreichen rechtsgeschichtlichen und vergleichenden Materials erörtert. Für Deutschland und seine hunschedigen Gesetzgebungen war damals die Frage noch im Fluß. Zwar hatten das römische Recht⁴⁰⁾,

³⁹⁾ Mittermaier, Archiv des Kriminalrechts, Jahrg. 1839, S. 1–52; Röstlin, Archiv für preussisches Strafrecht, Jahrg. 1855, S. 305–334.

⁴⁰⁾ l. 18 pr. D. de iniur. 47, 10: eum, qui nocentem infamavit, non esse bonum aequum ob eam rem condemnari; peccata enim nocentium nota esse et oportere et expedire; ferner l. 5 C. 9, 35: si non convicii consilio te aliquid iniuriosum dixisse probare potes, fides veri a calumnia te defendit.

sowie das älteste germanische Recht⁴¹⁾ (*lex Salica*, *lex Wisigothorum*) die Zulässigkeit des Beweises der Wahrheit als Regel aufgestellt. Indessen ist auf die gemeinrechtliche Theorie sowohl die Verordnung Constantins⁴²⁾, daß den Verfassern der *libelli famosi* der Wahrheitsbeweis nicht zu statten kommen solle, als auch die kanonistische Lehre, daß es den Vorschriften der christlichen Liebe und Barmherzigkeit widerspreche, die Sünden und Schwächen anderer auszuposaunen und darüber vor Gericht den Beweis der Wahrheit zuzulassen, von erheblichem Einfluß geworden.

In der Theorie sowohl als auch in vielen Gesetzgebungen war daher die Ausschließung des Wahrheitsbeweises oder seine wesentliche Einschränkung vielfach, insbesondere beim Pasquill, zur Anerkennung gelangt. Gerade im Gegensatz zur altrömischen und germanischen Regel stellte man das Axiom auf, daß die Wahrheit des Vorwurfs nicht entlaste: *veritas convicii non excusat*. Denn, sagt Carpzow, in *actione iniuriarum non tam veritas convicii, quam libido et voluntas iniuriandi consideratur*⁴³⁾. Erst in unserem Jahrhundert haben für Deutschland die genannten beiden Schriftsteller, Mittermaier und Röstlin, welche sich den trefflichen Ausführungen Webers anschließen konnten⁴⁴⁾, dem entgegengesetzten Standpunkt zum Siege verholfen. Mittermaier hat aus der Abwägung der verschiedenen in Betracht kommenden gesellschaftlichen, staatlichen und privaten Interessen, Röstlin aus dem allgemeinen Rechte, seine Meinung frei zu äußern, die Zulässigkeit des Wahrheitsbeweises gerechtfertigt. Ihre Ansicht ist so sehr zur herrschenden geworden, daß man bei den neueren Schriftstellern selten einer genaueren Begründung begegnet. Von namhaften Rechtslehrern billigen Berner, Binding, Doehow,

⁴¹⁾ Röstlin a. D. S. 307; ferner ders. Verf., *Zeitschrift für deutsches Recht*, Jahrg. 55, S. 174–177. In den Rechten und Statuten des Mittelalters zeigte sich viel Schwanken und Verschiedenheit, wenn der Wahrheitsbeweis auch in einer großen Anzahl, z. B. im Schwaben-Spiegel, mit voller Klarheit anerkannt ist (Röstlin, *Zeitschr. f. D. R.*, S. 228 ff.). Dagegen war er mitunter ausgeschlossen, wenn die Beleidigung öffentlich, z. B. vor dem Rathause, auf dem Markt, oder wenn sie einer obrigkeitlichen Person mit Rücksicht auf ihre Amtshandlungen zugefügt war (Röstlin a. D. S. 233 ff.). Septeres also das Kontrastbild zum französischen Recht.

⁴²⁾ l. 1 sq. C. Theod. de fam. lib.; Weber a. D. I S. 174.

⁴³⁾ Chassan a. D. II S. 385.

⁴⁴⁾ Weber I S. 119, 171 ff. („Wahrheiten sind nie Injurien“).

Gälschner, v. Silienthal jenen Grundjag, während v. Liszt⁴⁵⁾, in diesem Punkte ohne nennenswerte Gefolgschaft, die Regelung des R.St.G.B. als wenig glücklich bezeichnet, den Wahrheitsbeweis uneingeschränkt auch dann zuzulassen, wenn Thatfachen des Familienlebens durch die Presse in die Öffentlichkeit gezerrt werden.

Die Gründe gegen die französische Regelung und für die Zulassung des Wahrheitsbeweises sind unsers Erachtens zwingende. Die Zulassung rechtfertigt sich juristisch weniger aus dem Rechte, seine Meinung frei zu äußern — mit derartigen allgemeinen Menschenrechten läßt sich allzuviel und allzuwenig beweisen — als aus folgender Erwägung. Nur soweit ist Ehre vorhanden, als man sie nicht durch eine unehrenhafte Handlung eingebüßt hat. Wer auf diese unehrenhafte Handlung hinweist, verletzt das Rechtsgut fremder Ehre nicht, da die Ehre insoweit fehlt. So wenig einem Blinden das Sehvermögen durch rechtswidrige Angriffe geraubt werden kann, so wenig kann durch einen Hinweis auf einen vorhandenen Fleck im Schilde der Ehre eine Ehrverletzung verübt sein⁴⁶⁾. Es ist ferner ein unveräußerliches Recht jedes Angeklagten, also auch des wegen Beleidigung Angeklagten, daß ihm der Entschuldigungsbeis im vollen Umfange gestattet werde. Und zur Entlastung des Beleidigers gehört vor allem und notwendig seine Berufung darauf, daß er nicht verleumdet, sondern die Wahrheit gesprochen habe. — Zu diesen Rechtsgründen treten Erwägungen des gesellschaftlichen und des Staatswohls, welche — Röstlin stellt es mit Unrecht in Abrede — auf dem Boden einer rechtlichen Erörterung kein hors d'œuvre sind. In den Fragen des Strafrechts, die immer zugleich Fragen der Strafpolitik sind, lassen sich jene Betrachtungen nicht abweisen. Die Ausschließung des Wahrheitsbeweises würde verderblich auf den Volkscharakter einwirken. Wirkfamster Hebel für gute Handlungen bleibt die Rücksicht auf das Urteil der Mitbürger; auch bei Erwachsenen hilft die Furcht vor einer schlechten Censur der Mitmenschen. Dürften diese ihre Ansicht nicht frei aussprechen, so würde Heuchelei und Trug großgezogen werden. Nur loben sollte man, dem Laster aber nicht die Larve abreißen, die Schande nicht an den Pranger stellen? Freier Gedanke, freies Wort, freier Beweis sind die Tragbalken gesunder gesellschaftlicher

⁴⁵⁾ v. Liszt a. D. § 94.

⁴⁶⁾ Binding, Die Ehre und ihre Verletzbarkeit, Leipzig 1892, S. 23 ff.

und staatlicher Zustände⁴⁷⁾. Man werfe nicht ein, daß die Gefahr, wegen einer Sünde oder eines Vergehens immer wieder beleidigt zu werden, den Weg zur Besserung versperre. Vielmehr fürchtet derjenige, der einen Gang zum Laster oder Verbrechen hat, die üble Nachrede oft mehr, als die gesetzliche Strafe. Überdies gibt es eine Reihe von Vorgängen des Privatlebens, welche die Öffentlichkeit so sehr interessieren, daß ihre Besprechung und Kritik unumgänglich ist. Wenn der Besprochene sich durch die Kritik beleidigt fühlt und die Gerichte anruft, so darf demjenigen, welcher im wohlverstandenen Interesse der Öffentlichkeit der freien Besprechung eine Gasse gebahnt und die Sonde an schwärende Wunden des Privatlebens gelegt hat, der Beweis der Wahrheit nicht verkümmert werden. Gewichtige und berücksichtigungswerte Interessen der Einzelnen, z. B. Einholung von Auskünften im Geschäftsverkehr, verbieten es auch, daß einem offenen und rüchhaltlosen wahren Urteile der Mund durch das Gesetz verschlossen werde. Und in welche qualvolle Lage bringt das Gesetz den Beleidigten, dem es unmöglich macht, seine Ehre öffentlich vor seinen Volksgenossen vor lächerlichen Anwürfen zu reinigen, wenn der Verleumder immerfort darauf anspielen kann, er werde prozessiert und verurteilt, weil ihm der Beweis abgeschnitten, nicht aber, weil er Unwahres behauptet habe! Endlich hat sich auch praktisch — und die Erfahrung bleibt der beste Probierstein jeder Theorie — nicht gezeigt, daß durch die Ausschließung des Beweises der Wahrheit in Frankreich eine tatsächliche Einschränkung und Verringerung der Privatbeleidigungen herbeigeführt wurde.

Entsprechend diesen Anschauungen läßt auch das R.St.G.B. den Beweis der Wahrheit zu, der mit allen Mitteln geführt werden kann. Der Grundsatz ist so sehr ein Element der allgemeinen Rechtsüberzeugung in Deutschland geworden, so sehr dem Juristen in *succum et sanguinem* übergegangen, daß er als selbstverständlicher keine ausdrückliche Normierung im R.St.G.B. fand⁴⁸⁾. Der § 192: „Der Beweis der Wahrheit der behaupteten oder ver-

⁴⁷⁾ Weber II S. 211: „Was darf ein Schriftsteller öffentlich beurteilen und tadeln? Alles, was vorgeht, und wobei er keine falschen Thatfachen anführt.“

⁴⁸⁾ Das Preuß. Justizministerialblatt, Jahrg. 1897, S. 286, bringt einen beachtenswerten Appell des Ministers an die Gerichte, sie möchten nicht unnützerweise über den Rahmen des Anlagefalles hinaus die ganze Vergangenheit und

breiteten Tatsache schließt die Bestrafung nach Vorschrift des § 185 nicht aus, wenn das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Behauptung oder Verbreitung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht," bringt eine scheinbare Ausnahme. Denn der Beweis der Wahrheit kann sich, wie schon hervorgehoben, begrifflich nur auf den Inhalt einer Behauptung, nicht auf ihre Form beziehen; man kann, wie Berner es treffend ausdrückt, jede Wahrheit sagen, aber nicht jede Wahrheit in jeder Form. Eine wirkliche Ausnahme dagegen bilden die Fälle des § 190 R.St.G.B., welche beim Vorwurf einer strafbaren Handlung den Beweis der Wahrheit als erbracht ansehen, wenn der Beleidigte wegen dieser Handlung rechtskräftig verurteilt worden ist, ihn aber ausschließen, wenn der Beleidigte wegen dieser Handlung vor der Behauptung oder Verbreitung rechtskräftig freigesprochen worden ist. Abgesehen von der Fassung, welche zu vielen Zweifelsfragen, die im Rahmen unsrer Aufgabe nicht interessieren, Anlaß gegeben hat⁴⁹⁾, verwerfen wir das Prinzip, den Wahrheitsbeweis einzuschränken, wenn ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Dies Prinzip birgt eine Halbheit: ein rechtskräftiges Urteil ist eben nicht immer Wahrheit, ein rechtskräftig Verurteilter kann unschuldig, ein Freigesprochener schuldig sein. Die *res iudicata* muß derartiger Stützen von außen entbehren können, wenn sie innere Wahrheit birgt⁵⁰⁾. Das Preussische Strafgesetzbuch (§ 157) kannte diese Ausnahme nicht. Es ließ den Wahrheitsbeweis in allen Fällen zu, freilich hat es den Zeugenbeweis überall gewissen Beschränkungen unterworfen.

Merkwürdige Rückwege hat der Wahrheitsbeweis im englischen Recht genommen. Abgesehen von der Zivilklage auf Entschädigung, bei welcher die Zulässigkeit der *exceptio veritatis* anerkannt wurde, galt für den Fall der Strafverfolgung von Injurien, welche in der Regel nur bei den schriftlichen, den libels,

das Vorleben des Beleidigten einer Untersuchung unterziehen lassen. Das Recht des Wahrheitsbeweises kann eben auch mißbraucht werden. Gegen den Mißbrauch muß der bon sens tüchtiger Richter schützen.

⁴⁹⁾ Vgl. Dischhausen, Kommentar zu § 190 R.St.G.B.

⁵⁰⁾ So Binding, Normen Bd. 2 S. 610; v. Lilienthal a. O. S. 1222 erklärt das Prinzip des § 190 für bedenklich, aber wohl nicht ungerechtfertigt; mit Recht erscheint ihm aber die Unterscheidung unbedingt verwerflich, ob das freisprechende Erkenntnis vor oder nach der geschehenen Behauptung ergangen ist.

eintreten konnte⁵¹⁾, früher der Grundsatz, daß die Wahrheit des beschimpfenden Vorwurfs dem Angeklagten nicht zur Verteidigung gereiche. Man hat den Beweis der Wahrheit, der in der Form der affidavits geführt wurde, nur in vielen Fällen als Milderungsgrund (extenuation) zugelassen⁵²⁾. Die englische Gesetzgebung und Jurisprudenz wurde hierbei von dem Gedanken geleitet, daß die Gesellschaft ein Recht auf Frieden habe, welches durch öffentliche Ehrangriffe, die, den Fehden gleich, einen Akt der Selbststrafe darstellen, gestört würde. Sie seien daher schlechthin strafbar, gleichviel ob sie auf Wahrheit beruhten oder nicht. Ja, die Wahrheit des Vorwurfs erhöhte die Strafbarkeit, da die Aufstellung eines wahren Vorwurfs zum Friedensbruch und zur Rache gegen den Beleidiger eher reizt, als ein unwahrer Vorwurf. Es wurde daher, und dies im Lande der Freiheit, Rechtsparömie: *the greater the truth, the greater the libel*, je wahrer das Libell, um so schärfer wird es bestraft⁵³⁾! Dieser bedenkliche Auswuchs führte, denn Hegels dialektischer Prozeß bewährte sich auch hier, zum Umschlag und zur Aufhebung des alten Grundsatzes, welche zunächst durch ein Gesetz vom 24. August 1843 eingeleitet wurde. Der jetzt herrschende Grundsatz bei libels gegen Privatpersonen wird dahin formuliert: Die Veröffentlichung eines libel ist kein strafbares Vergehen, wenn der beleidigende Vorwurf wahr ist und der Beleidiger beweisen kann, daß er ihn im öffentlichen Interesse (*for the public benefit*) veröffentlicht hat⁵⁴⁾. Wählt man, ob bei mündlichen oder schriftlichen Injurien, den Weg der Zivilklage auf Entschädigung — und dies ist in England der gebräuchliche — so ist der Beweis zugelassen. In Wirklichkeit ist also das alte Prinzip, daß die Wahrheit nicht entlaste, in die Kumpellammer gewandert.

Damit können die Ausführungen über den Beweis der Wahrheit bei Beleidigungen gegen Private, welche zugleich zu den allgemeinen Betrachtungen Anlaß gegeben haben, abgeschlossen werden.

Eine ganz entgegengesetzte Regelung hat aber im französischen Recht der Wahrheitsbeweis bei Beleidigungen gegen Behörden

⁵¹⁾ Vgl. oben S. 225.

⁵²⁾ Henry J. Stephen a. D. S. 142—145; Chaffan I S. 360 ff.

⁵³⁾ Diese Maxime wurde zuerst von Lord Mansfield ausgesprochen; Chaffan I S. 363. In den Vereinigten Staaten herrschten dieselben Grundsätze.

⁵⁴⁾ A Digest of the criminal law, by James Fitzjames Stephen, 1883, S. 197—200.

und Beamte erfahren. Die hier in Betracht kommenden Behörden und Beamten, wozu noch gewisse wie Beamte geschützte Personentkreise treten, werden in den Artikeln 30 und 31 des Preßgesetzes genau bezeichnet. Im Artikel 30 werden die Beleidigungen, ohne Unterscheidung, ob sie das Amt betreffen oder nicht, gegen die Gerichtsbehörden (*cours et tribunaux*), die Armee (*armées de terre ou de mer*), die konstituierten Körperschaften (*corps constitués*) und die öffentlichen Verwaltungsorgane (*administrations publiques*) behandelt; im Artikel 31 die gegen Mitglieder des Ministeriums, der Kammern, Beamte aller Art einschließlich der staatlich besoldeten Kultusdiener, die mit einem öffentlichen Amt dauernd oder vorübergehend betrauten Bürger (*citoyen chargé d'un service ou d'un mandat public temporaire ou permanent*), Geschworene, aber stets und überall nur in Bezug auf ihre Amtsverrichtungen oder ihre Amtseigenschaften (*à raison de leurs fonctions ou de leur qualité*), endlich gegen Zeugen in Bezug auf ihre Aussagen. Das Gesetz vom 26. Mai 1819 (Art. 20) enthielt keine Einzelaufzählung, sondern ließ den Beweis zu *dans le cas d'imputation contre des dépositaires ou agents de l'autorité ou contre toutes personnes ayant agi dans un caractère public*. Um die vielfachen Streitfragen⁵⁵⁾, die infolge der allgemeinen Fassung aufgetaucht waren, abzuscheiden, zog man die Einzelaufzählung vor, der man aber eine *generalis clausula* anfügte⁵⁶⁾.

Der Artikel 35 des Preßgesetzes gestattet nun den Beweis der Wahrheit bei Beleidigungen gegen alle in den Artikeln 30 und 31 aufgeführten Körperschaften und Personen, welche wir kurzweg Behörden und Beamte nennen wollen. Die *ratio legis* ist folgende: Behörden und Beamte sind wegen ihrer amtlichen Wirksamkeit der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig. Die Öffentlichkeit hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, alle Kritik ungeschönt auszuüben, sonst kann das Staatsleben sich nicht in gesunden Bahnen bewegen. Wer in einer öffentlichen Stellung pflichtwidrig handelt, muß sich eine öffentliche Zurechtweisung gefallen lassen. Das Amt

⁵⁵⁾ Vgl. Chaffan II, 404, 408 ff.

⁵⁶⁾ Erläuterungen, welche Behörden, Beamte und Personen im einzelnen unter die Bezeichnungen der Artikel 30 und 31 fallen, würden hier zu weit führen; man findet sie bei Faivre u. Lévy S. 152, 153, 156 ff.

gibt keinerlei Anspruch darauf, die Kritik der Bürger einzuengen oder lahmzulegen. Diese sollen vielmehr nach ihrer besten Einsicht über die öffentlichen Dinge freimütig urteilen. Es ist jene bei den Alten als hohe Bürgertugend geübte Pflicht der Wachsamkeit. Aus dieser Pflicht folgt das unbeschränkte Recht, für die erhobenen Anschuldigungen zum Beweise verstattet zu werden. Aus diesem Gedankengange heraus bestimmt nun der Artikel 35: „La vérité du fait diffamatoire, mais seulement quand il est relatif aux fonctions, pourra être établie par les voies ordinaires, dans le cas d'imputations contre les corps constitués“ usw. (hier folgt die Bezugnahme auf die in den Artt. 30 und 31 genannten Behörden und Beamten). Zur Interpretation sei folgendes bemerkt: Wortlaut, Sinn und Absicht des Gesetzes stellen es klar, daß der Wahrheitsbeweis nur im Falle der diffamation, nicht der injure zugelassen ist. Denn fait diffamatoire und imputation, scil. d'un fait, kennt das Gesetz (Art. 29) nur bei der diffamation; sie gerade setzt die Behauptung von Thatfachen, welche zu „diffamieren“ geeignet sind, voraus, sie enthält daher das mögliche Objekt des Wahrheitsbeweises. Auf dem Gebiete der injure (en matière d'injure) ist der Beweis ausgeschlossen, weil sie sich ja gerade dadurch charakterisiert, daß sie nicht enthält l'imputation d'un fait⁵⁷⁾. Wenn die Gesellschaft auch ein Interesse daran hat, die Wahrheit tatsächlicher Angriffe gegen ihre Beamten zu ermitteln, so hat sie nicht dasselbe Interesse hinsichtlich einer injure. — Irgend eine Unterscheidung hinsichtlich des Gegenstandes der beleidigenden Thatfachen kennt das Gesetz nicht; es ist also durchaus nicht nötig, daß jene Handlungen strafbare seien. Es macht auch keinen Unterschied für die Zulassung des Beweises, ob der Vorwurf in gutem Glauben erhoben ist, ob aus bester Überzeugung von der Wahrheit und ob zu einem nützlichen Zwecke. Sobald die Wahrheit nicht bewiesen ist, existiert das Delikt⁵⁸⁾. Voraussetzung aber ist, daß sich der Vorwurf auf die amtliche Thätigkeit oder Eigenschaft beziehen muß (relatif aux fonctions).

⁵⁷⁾ Faivre u. Lévy S. 176; Chassan II, 394; Dalloz Nr. 1855: la preuve de l'injure n'est jamais autorisée même à l'égard des personnes publiques.

⁵⁸⁾ Wie weit Beweis für den guten Glauben im Hinblick auf die Strafmilderung zulässig, darüber siehe unten S. 249.

Es ist also nicht erfordert, daß der betreffende Beamte, wenn er beleidigt wird, sich in der Ausübung des Amtes (*dans l'exercice de sa fonction*) befinde oder daß dies bei Gelegenheit der Amtsausübung geschehe (*à l'occasion de cet exercice*). Letzteres verlangt der *code pénal* im Falle der *outrage* (Artt. 222 ff.). Vielmehr genügt, daß der Vorwurf in Beziehung auf den amtlichen Beruf erhoben ist. Dies ist Thatfrage, und die französische Rechtsprechung wahrt dabei, wie die deutsche im analogen Falle des § 196, den rechtlichen Gesichtspunkt, daß der beleidigende Angriff die amtliche Thätigkeit zur Grundlage und zum Gegenstande haben muß, nicht aber das außeramtliche Verhalten, es sei denn, daß dieses als Verletzung der Berufspflicht sich darstellt⁵⁹⁾. Die Vorschrift des Art. 35 ist auch dann anwendbar, wenn der Angriff erhoben ist, nachdem der Beamte sein Amt aufgegeben hat. Ausgeschlossen ist hiernach der Wahrheitsbeweis auch bei Diffamationen gegen Behörden und Beamte, wenn die Diffamation sich nicht auf ihre amtliche Thätigkeit in dem soeben entwickelten Sinne bezogen hat.

Der Wahrheitsbeweis kann, selbst wenn im Prinzip zugelassen, ein leerer Name bleiben, wenn man ihn in den Mitteln, wodurch er geführt werden darf, einengt. Im Einklang mit dem Gesetz vom 26. Mai 1819 (Art. 20) und im scharfen Kontrast zur oben citierten Bestimmung des *c. p.* läßt das Preßgesetz alle gewöhnlichen Beweismittel zu. „*Les voies ordinaires*“ bedeuten dem juristischen Sprachgebrauch gemäß alle Beweismittel, insbesondere Urkunden- und Zeugenbeweis (Chassan II S. 412). Der Gegenbeweis ist ausdrücklich vorbehalten. Es herrscht ferner volle Freiheit der Beweiswürdigung; es genügt, wenn der Beweis in den wesentlichen Punkten erbracht ist, während auf minder wichtige Umstände kein Gewicht zu legen ist. Die Wirkung des gelieferten Wahrheitsbeweises geht dahin, daß der Angeklagte freigesprochen wird (*si la preuve du fait diffamatoire est rapportée, le prévenu sera renvoyé des fins de la plainte*). Diese Wirkung tritt ein, anders wie nach englischem Gerichtsgebrauch, auch wenn der Ehrangriff nur aus Rache- und Skandalabsichten hervorgegangen ist.

⁵⁹⁾ Chassan II, 407 ff.; Entsch. des Reichsgerichts Bd. 12, S. 268; Dtsch. haufen Anm. 3 zu § 196 R.St.G.B.

Für die richtige Anwendung des Art. 35 ist aber vor allem festzuhalten, daß diese Bestimmung — anders wie im R.St.G.B.⁶⁰⁾ — eine Ausnahme bildet. Sie kann daher nicht ausdehnend ausgelegt und nicht auf andre Fälle analog angewendet werden. Das Prinzip des französischen Rechts bleibt der Ausschluß des Wahrheitsbeweises; von ihm macht der Artikel 35 eine Ausnahme, und demgemäß ist zu interpretieren, wenn man nicht dem Geiste des Gesetzes Gewalt anthun will⁶¹⁾. Daher trifft auch die volle Beweislast den Angeklagten. Ist aber der Beweis geführt, dann liegt das Vergehen der Beleidigung nicht vor: le délit disparaît. Der Jury wird daher auch keine besondere auf das Gelingen des Wahrheitsbeweises bezügliche Frage vorgelegt. Sie hat vielmehr die Frage: l'accusé est-il coupable? mit: „Nein“ zu beantworten, wenn sie den Beweis als erbracht annimmt⁶²⁾.

Eine eigenartige Erweiterung der Zulassung des Wahrheitsbeweises enthält der Absatz 2 des Art. 35. Danach ist er auch bei Beleidigungen gegen gewisse Privatpersonen eröffnet, nämlich gegen Direktoren oder Verwalter von Industrie-, Handels- oder Finanz-Unternehmungen, welche die Mittel oder den Kredit des Publikums in Anspruch nehmen (faisant publiquement appel à l'épargne ou au crédit). Das Volksvermögen soll gegen Ausbeutung geschützt werden. Derartige Unternehmungen müssen daher der Kritik in der Presse und Öffentlichkeit aus Gründen des öffentlichen Wohls unterliegen. Konsequenterweise muß aber auch dem Angreifenden der Schutz des Wahrheitsbeweises gegeben werden. Die leitenden Beamten derartiger Unternehmungen, welche mit dem Vermögen des Volkes wirtschaften, bekleiden gewissermaßen eine öffentliche Stellung. Beleidigungen in Bezug auf diese Stellung erfahren daher die gleiche rechtliche Behandlung wie die gegen Beamte.

Endlich ist für das im Art. 34 vorgesehene Delikt der Beschimpfung des Andenkens Verstorbener zu erwähnen, daß hier die Grundsätze über den Wahrheitsbeweis die üblichen sind; es ist also entscheidend, ob man den Verstorbenen in seinen früheren amtlichen Eigenschaften oder in seinen privaten Beziehungen angegriffen hat⁶³⁾.

⁶⁰⁾ v. Lilienthal a. D. S. 1220; Binding, Normen Bd. 2, S. 610; Gabler a. D. S. 61 ff., 68.

⁶¹⁾ Chaffan a. D. II S. 406.

⁶²⁾ Dalloz a. D. Nr. 1897.

⁶³⁾ Dalloz Nr. 1021.

Wer nun den Wahrheitsbeweis antreten will, hat das in bestimmten Formen und Fristen zu thun. Das Preßgesetz hat im Anschluß an Art. 21 des Gesetzes vom 26. Mai 1819, wenn auch unter Änderung der Fristen, den Antritt des Beweises, damit die Gegenpartei nicht überrascht werde, der strikten Beobachtung gewisser Förmlichkeiten unterworfen, die in Art. 52 genau festgesetzt sind. Der Beschuldigte muß — eine Zwangsvorschrift —, und zwar ohne Unterschied, ob die Verfolgung vor dem Schwurgericht oder der Strafkammer (*tribunal correctionnel*) stattfindet⁶⁴), innerhalb fünf Tagen nach der Zustellung der Vorladung (*la citation*), welche die intrimierte Schrift oder Rede sowie ihre rechtliche Charakterisierung und die verletzte Gesetzesbestimmung genau bezeichnen muß (Art. 50)⁶⁵, dem Staatsanwalt am Appellhof oder dem Verletzten, wenn er auf dessen Klage verfolgt wird (*au plaignant*), folgendes anzuzeigen (*signifier*):

1. diejenigen Thatsachen aus der Vorladung, deren Wahrheit er beweisen will (*les faits articulés et qualifiés dans la citation, desquels il entend prouver la vérité*);
2. die Abschrift der Beweisstücke, Urkunden (*pièces*); Urkunden und Beweisstücke sind hier im weitesten Sinne zu verstehen, private oder öffentliche, geschriebene oder gedruckte, so daß auch Zeitungen, Photographieen usw. niedergelegt werden können. Die Antretung des Beweises kann auch durch Bezugnahme auf Akten erfolgen;
3. Name, Stand und Wohnung der Zeugen. Die Angabe des Vornamens, wie dies noch im ursprünglichen Entwurf des Gesetzes von 1819 verlangt war, ist nicht nötig.

In den fünf folgenden Tagen hat dann der Staatsanwalt beziehungsweise der Verletzte seinen Gegenbeweis dem Beschuldigten in gleicher Weise anzuzeigen (Art. 53). Alles ist bei Strafe des Ausschlusses angedroht (*à peine d'être déchu du droit de faire la preuve*). Diese Bestimmungen sind öffentlichen Rechtes, so daß auch beide Parteien keine Verlängerung der Frist vereinbaren

⁶⁴) *Cassati a. D. S.* 264; *cass.* 24. Juli 1885.

⁶⁵) Bei Preßvergehen steht nämlich dem Staatsanwalt, in gewissen Fällen nach dem Verletzten (Art. 47 Ziff. 6), abweichend von dem gewöhnlichen Verfahren, im Anschluß an ein Gesetz vom 24. Juli 1849 die Befugnis zu, den Beschuldigten direkt ohne Beschluß der Anklagekammer zu laden (*Ortolan II, § 531; Herm. Höchster, Lehrb. des französ. Strafprozesses, Bern 1850, S. 564.*)

können⁶⁶⁾. Selbst der Präsident kann, auch auf Grund der ihm durch die Artt. 268—270 code d'instr. crim. eingeräumten diskretionären Gewalt, vermöge deren er alles zur Ermittlung der Wahrheit Dienliche veranlassen soll, keine Zeugen eidlich vernehmen, die nicht rechtzeitig genannt sind, wenn die Beteiligten widersprechen⁶⁷⁾.

Noch einige Worte zur Erläuterung der obigen, unter Ziffer 1 wiedergegebenen Bestimmung, nach welcher der Beschuldigte zum Beweise nur derjenigen Thatfachen zugelassen wird, die in der Ladung, dem Anklageakte, bezeichnet sind. Die französische Rechtsprechung hat trotz des Wortlauts und mit Fug und Recht stets den Beweis von Thatfachen zugelassen, welche mit den zur Anklage gestellten durch ein Band des Zusammenhanges und der Unteilbarkeit (*par le lien de la connexité et de l'indivisibilité*) verbunden sind⁶⁸⁾. Gerade bei inkriminierten Schriften und Druckwerken, die ein geistiges Ganze bilden, darf das Herausreißen einer einzelnen Stelle in der Anklage dem Beschuldigten nicht den naturgemäßen Hinweis auf den ganzen Zusammenhang beschränken. „Dann hat er die Teile in seiner Hand, — Fehlt, leider! nur das geistige Band.“ Mit einem solchen Herauszerren und Foliieren einzelner Sätze hätte man, wie Benjamin Constant⁶⁹⁾ treffend bemerkt hat, die Möglichkeit, einen Herausgeber der Bibel dafür zu bestrafen, daß er veröffentlicht habe, es gebe keinen Gott. Nur müssen sich auch die „zusammenhängenden“ Thatfachen, für die Beweis angetreten wird, auf die amtliche Thätigkeit und Eigenschaft des Angegriffenen, nicht auf sein Privatleben beziehen, weil auch auf diesem Umwege das Verbot, den Beweis über Privatangelegenheiten zu führen, das auch Beamten zu gute kommt, selbstredend nicht umgangen werden darf. —

Schon in den einleitenden Worten war darauf hingewiesen, daß die Gestaltung des Verfahrens, der Umfang und die Form, in welcher Einreden zugelassen werden, häufig von der größten Tragweite auch über den Rahmen des Prozesses hinaus auf die

⁶⁶⁾ Faivre et Lévy S. 242; cass. 1. April 1881.

⁶⁷⁾ Chassan II S. 419.

⁶⁸⁾ Chassan II S. 410; Casati a. D. S. 260 und die dort citierten Entscheidungen des Kassationshofes; Faivre et Lévy S. 307.

⁶⁹⁾ Benjamin Constant: Questions sur la législation actuelle de la presse en France, Paris 1817.

Geschichte Dritter und eines ganzen Volkes sogar werden können. Dies hat sich im Falle Zola hinsichtlich der von ihm angebotenen Beweise in stärkstem Maße bewährt. Es wird daher nichts von größerem Interesse und nichts lehrreicher sein, als die oben entwickelten Grundsätze auf den Fall Zola anzuwenden und sie gewissermaßen an einem Paradigma, das weltgeschichtliche Bedeutung erlangt hat, zu veranschaulichen.

Zunächst ist an sich die Statthaftigkeit des von Zola angebotenen Wahrheitsbeweises ohne Bedenken. Denn es handelte sich in seinen Angriffen um diffamierende Behauptungen, welche er gegen Behörden und Beamte gerichtet hatte. Hat man ihn aber mit den angebotenen Beweisen auch ausreichend zugelassen? Dies war die brennende Frage, welche die Verhandlungen des ersten Zola-Prozesses vor dem Schwurgericht der Seine in Paris (7. bis 23. Februar 1898) beherrscht hat. Aus den acht „j'accuse“-Schlußsätzen, mit welchen der offene Brief Zolas an den Präsidenten der Republik schloß, hatte die Anklage den zweiten Teil des letzten Satzes, welcher sich gegen das zweite (Esterhazy-)Kriegsgericht richtete, herausgegriffen: „... et j'accuse le second conseil de guerre d'avoir convert cette illégalité, par ordre, en commettant à son tour le crime juridique d'acquitter sciemment un coupable.“ Der erste Theil dieses Satzes, der aber nicht zur Anklage gestellt war, lautete: „Ich klage endlich das erste Kriegsgericht an, das Recht verletzt zu haben, indem es einen Angeschuldigten auf ein geheim gebliebenes Beweismittel verurteilte.“ Und aus dem Artikel selbst hatte die Staatsanwaltschaft folgende zwei Sätze herausgeschält:

1. Ein Kriegsgericht hat soeben einen Esterhazy freizusprechen gewagt; ein Schlag ins Gesicht jeder Wahrheit, jeder Gerechtigkeit. Und nun hat Frankreich auf seiner Wange diesen Schmutzleck. Die Geschichte wird erzählen, daß unter Ihrer Präsidentschaft ein derartiges Verbrechen begangen werden konnte.
2. Die Mitglieder des zweiten Kriegsgerichts haben diesen ungerechten Spruch gefällt, welcher für immer auf unsern Kriegsgerichten lasten und fortan Mißtrauen gegen ihre Urteile erregen wird. Das erste Kriegsgericht war vielleicht einwärtslos, das zweite aber handelte verbrecherisch⁷⁰⁾.

⁷⁰⁾ Compte rendu sténographique du procès Zola, Paris, aux bureaux du „Siècle“, Bd. I S. 15.

Dieses Herausreißen war formell zulässig und lehnte sich an den Antrag (plainte) des Kriegsministers an. Dem Beleidigten steht es frei, bestimmte Vorwürfe herauszugreifen und zur Verfolgung zu stellen.

Sofort die erste Sitzung vom 7. Februar war erfüllt von dem Streite zwischen Anklage und Verteidigung über die Ausdehnung des Wahrheitsbeweises, der die Hauptfrage für das Schicksal des Prozesses bildete. Der Streit spitzte sich dahin zu, ob der Beweis nur dafür zugelassen werden sollte, daß das Esterhazy-Kriegsgericht auf Befehl einen Schuldigen wider besseres Wissen freigesprochen, oder ob auch das Dreyfus-Kriegsgericht ein Unrecht, insbesondere durch die Verurteilung des Angeklagten auf ein geheim gebliebenes Beweismittel, begangen habe. So erhob sich denn auch sofort nach Verlesung der Anklageschriften der Vertreter der Staatsbehörde, um durch das Mittel des exposé zu verlangen, es solle als Gegenstand der Rechtfertigung (justification) nur der Beweis für den Vorwurf gegen das Esterhazy-Kriegsgericht gestattet werden, „alle andern Beweisansprüche müßten als flagrante Ungeheuerlichkeit zurückgewiesen werden“. Demgegenüber führte die Verteidigung durch Labori folgendes aus. Alle Anklagevorwürfe Zolas wären durch ein enges Band nicht bloß der Konnexität, sondern auch der Unteilbarkeit verbunden. Der Prozeß Dreyfus könnte schon deshalb nicht ausgeschlossen werden, weil in den zur Anklage gestellten Sätzen sich die Worte fänden, das zweite Kriegsgericht hätte die Ungeheuerlichkeit des ersten gedeckt. Labori stellte daher den Antrag, Zola mit allen in den acht Schlüssätzen enthaltenen Anschuldigungen zum Beweise zu verstaten.

In der That wird eine unbefangene Beurteilung nicht umhin können, den Beweis hinsichtlich des Dreyfus-Kriegsgerichts für zulässig und geboten zu erklären, da dem Esterhazy-Kriegsgericht gerade vorgeworfen wurde, es hätte die Ungerechtigkeit des ersten gedeckt, und da dieser dem Esterhazy-Kriegsgericht gemachte Vorwurf mit Gegenstand der gegen Zola erhobenen Anklage war. Dazu erwäge man folgendes. Alle andern Abschnitte der Zolaschen Beschuldigungen enthalten nichts weiter als Anklagen gegen diejenigen Beamten und Behörden, welche sich mit einem dieser beiden Prozesse beschäftigt haben, und zwar Anschuldigungen aus Anlaß dieser Prozesse. Es ist somit ein unzertrennbares Band um und durch jene Vorwürfe geschlungen. Trotz der sonstigen,

oben erwähnten französischen Rechtsprechung verkündete das Gericht noch in derselben Sitzung den Beschluß auf Verwerfung jener Beweisangebote über die weiteren Vorwürfe unter Berufung auf Art. 52 des Preßgesetzes, weil der Antrag des Kriegsministers und die Anklagecitation der Staatsanwaltschaft nur das zweite Kriegsgericht betrafen und keinerlei Abhängigkeits- oder sonstiges Band zwischen den Anklagethatsachen und den angebotenen Beweisethatsachen bestände, weil endlich die Zulassung der Autorität der rechtskräftig entschiedenen Sachen Eintrag thäte⁷¹⁾. Zola war somit nur auf die Nachweise hinsichtlich des Falles Esterhazy beschränkt. Mit Unrecht. Insbesondere geht der Grund, daß ein Zusammenhang nicht vorliege, vollständig fehl, zumal in dem einen der inkriminierten Sätze die Beschuldigungen gegen beide Kriegsgerichte so innig verflochten sind, daß man sie nicht trennen kann. Zolas Ausruf: „c'est indigne de la justice! les phrases amènent les phrases, les idées amènent les idées,“ ist eine herbe, aber begründete Kritik.

Bekanntlich hat der Kassationshof das Urteil des Seine-Schwurgerichts am 2. April vernichtet, weil der Strafantrag vom Kriegsminister gestellt war, während eine Beschlußfassung des beleidigten Kriegsgerichts durch den Art. 47 Ziff. 1 des Gesetzes erfordert wird⁷²⁾. Das Esterhazy-Kriegsgericht trat hierauf zu einer Sitzung zusammen und faßte den Beschluß auf Verfolgung Zolas. Es beschränkte aber nunmehr den Strafantrag nur auf die Worte: „un conseil de guerre vient, par ordre, d'oser acquitter un Esterhazy, soufflet suprême à toute vérité, à toute justice.“ Jedes Wort ist also weggelassen, welches auf die Ungefeglichkeit im Verfahren des ersten Kriegsgerichts anspielt, da man, in Voraussicht der Beweisangebote der Verteidigung, jede Hineinziehung der Dreyfus-Angelegenheit unter allen Umständen vermeiden wollte. Ob mit Erfolg und wie sich der Kassationshof zu diesen Künsten stellen wird, bleibt abzuwarten. Materiell hat sich der Kassationshof zu der Frage im Urteil vom 2. April nicht geäußert, weil Anlaß dazu für ihn nicht vorlag. Ebenso wenig war hierzu in den zwei spätern Urteilen des Kassationshofes Anlaß gegeben, die den zweiten und dritten Prozeß Zola betrafen. Das zweite Mal han-

⁷¹⁾ Sten. Ber. I S. 56.

⁷²⁾ Sten. Ber. II S. 509.

belte es sich nur um die Zuständigkeit des Versailler Schwurgerichts (la cour d'assises de Seine-et-Oise), vor welches die Sache von der Anklagebehörde gebracht worden war⁷³). Nach Verwerfung des Einwandes der Unzuständigkeit fand der dritte Prozeß Zola am 18. Juli in Versailles statt. Hier stellte die Verteidigung bereits vor der Auslosung der Geschwornen und dem Eintritt in die Verhandlung den Antrag, den Angeklagten zum Beweise der Wahrheit nicht nur über den oben wiedergegebenen inkriminierten Sagteil, sondern auch über die andern in seinem offenen Briefe aufgestellten Behauptungen zuzulassen. Der Antrag wurde vom Gericht verworfen. Die Angeklagten und ihre Verteidiger verließen infolgedessen den Saal und der Gerichtshof verhandelte die Sache in contumaciam. Zola verließ kurz darauf Paris und hob in dem Abschiedsbrief vom 20. Juli, welchen er unter der Adresse der „Aurore“ an Frankreich richtete, als Hauptbeweggrund hervor: „Ehe ich vor die Geschwornen trete, will ich, daß der Kassationshof über die einzige Frage entscheide, die für mich von Wert ist, über mein Recht, den Beweis zu führen (mon droit de faire la preuve).“ Zola irrt aber. Jene materielle Frage über den Umfang, in welchem er hinsichtlich der von ihm erhobenen Anschuldigungen den Beweis antreten dürfe, stand gar nicht zur Entscheidung. Das Versailler Gericht hatte nur erklärt, daß in jenem Stadium des Verfahrens (avant le tirage du jury) der Antrag, über den Umfang der Beweise zu beschließen, verfrüht und deshalb zu verwerfen wäre. Der Kassationshof hat denn auch mit Recht im Anfang des August den Rekurs Zolas verworfen. In der That erscheint bei Prüfung der einschlägigen Bestimmungen des französischen Rechts (Art. 54 des Preßgesetzes in Verbindung mit Art. 18 des Gesetzes vom 27. Juli 1849) der Antrag in jenem Prozeßstadium verfrüht⁷⁴). Es ist also bisher keine materielle Entscheidung des Kassationshofes über Zolas Recht zum Wahrheitsbeweise, dessen Umfang und Grenzen gefällt worden. Wir sind aber nicht darüber im Zweifel, daß der Kassationshof, wenn er in Zukunft zur Entscheidung über jene Frage

⁷³) Näheres im Vortrage des Verfassers: „Französisches Recht über Preßbeleidigungen“ (Veröffentlichungen d. Berliner Anwaltvereins), Berlin 1898, S. 33.

⁷⁴) Vgl. die Zuschrift des Verfassers an die „Kölnische Zeitung“ vom 23. Juli 1898.

berufen sein sollte, trotz der Einschränkung des Strafantrages auf jenen herausgerissenen Satz den Angeklagten auch mit seinen weiteren Beweisansprüchen zulassen wird, weil eben das Band des Zusammenhanges und der Unteilbarkeit zwischen allen Beschuldigungen unleugbar gegeben ist. Hiermit sei der Fall Zola, welcher eine lehrreiche Veranschaulichung lieferte, verlassen. —

Außer dem strikten Wahrheitsbeweise kennt das französische Recht noch den Beweis des guten Glaubens (*de la bonne foi*). Indes ist dieser Beweis nicht ein dem Delikt der Beleidigung eigentümlicher, sondern gilt allgemein für alle Delikte, nur daß er gerade hier sehr häufig vorkommt. Vorauszusetzen ist, daß der gute Glaube und die Berufung auf einen zuverlässigen Gewährsmann (*nominatio auctoris*) ebenso wenig nach französischem Recht, wie nach deutschem, bei den Beleidigungen, die man weiter verbreitet, entschuldigt und straflos macht. Chassan (a. O. II S. 391) erklärt ausdrücklich und mit Recht, „es thut wenig, ob die Beleidigung im bösen Glauben oder in gutem Glauben gemacht ist und ob man von der Wahrheit der behaupteten Thatsache überzeugt ist.“ Das Delikt existiert trotzdem, sobald man die Wahrheit nicht erweisen kann⁷⁵). Der Beweis der „bonne foi“ ist auch eigentlich der *terminus technicus* für einen andern Rechtsbehelf, nämlich den auf Art. 321 des *code d'instr. crim.* sich stützenden. Laut dieser gesetzlichen Vorschrift kann nämlich der Angeklagte auch Personen vernehmen lassen, damit sie bezeugen, daß er ein Mann von Ehre, von Rechtschaffenheit und von tadellosem Lebenswandel sei (*pour attester qu'il est homme d'honneur de probité et d'une conduite irréprochable*). Diesen Reumundsbeweis nennt man gewöhnlich den Beweis des guten Glaubens. Die Zulassung dieses Beweises findet ihre Rechtfertigung darin, daß der gute Glaube nicht nur für die Abmessung der Strafe, sondern auch für die Zubilligung mildernder Umstände in Betracht kommt, welche nach Art. 64 des Preßgesetzes bei allen Preßdelikten vorgesehen ist. Im Art. 23 des Gesetzes vom 26. Mai 1819 fand sich die eigentümliche Bestimmung, daß auch der Beleidigte Zeugen, welche seine Rechtschaffenheit bestätigen sollen, benennen darf; dem Angeklagten

⁷⁵) Übereinstimmend ist das deutsche Recht. Vgl. Berner S. 450 und das alte Rechtsprüchwort: „Wehrmann haben hilft nicht.“ Hälschner a. O., Bd. II Abteil. 1 S. 195.

war es ausdrücklich verflagt, Gegenzeugen gegen die Rechtſchaffenheit (*la moralité*) der Beleidigten zu ſtellen. Dieſe Beſtimmungen ſind in das neue Geſetz nicht aufgenommen worden. —

Unſere Aufgabe, die Grundsätze über die Öffentlichleit und den Wahrheitsbeweis auf dem Gebiete des franzöſiſchen Beleidigungsrechts darzulegen, ſie mit den Grundsätzen anderer Rechte, inſondere des deutſchen, zu vergleichen und kritiſch zu beleuchten, iſt nunmehr erſchöpft. Abſichtlich iſt die Aufgabe auf das Gebiet der eigentlichen Beleidigung beſchränkt worden, welche als *délit contre les personnes* in den Artt. 29—35 des franzöſiſchen Preſſegeſetzes (im R.St.G.B. in den §§ 185 ff. des vierzehnten Abſchnitts) ihre Behandlung gefunden hat. Ausgeſchloſſen aus dem Kreiſe unſerer Betrachtungen blieben: Die *offense au Président de la République* (im Art. 26 als *délit contre la chose publique* behandelt), die *offense envers les chefs d'États étrangers* und die *outrage envers les agents diplomatiques étrangers* (in den Artt. 36 und 37 unter einem beſondern Abſchnitt behandelt), weil ihr begrifflicher Inhalt ein etwas verſchiedener iſt, und vor allem weil bei ihnen aus Rückſichten, die nicht dem Charakter des Delikts, ſondern den Gründen der Politik entnommen ſind, die Grundsätze über die Öffentlichleit und den Wahrheitsbeweis Änderungen erfahren haben.

So iſt bei den ſoeben aufgeführten Vergehen der Wahrheitsbeweis durchweg ausgeſchloſſen; es genügt ferner in den Fällen der Artt. 36 und 37 jede Art der Veröffentlichung (*commis publiquement*), während bei der Beleidigung gegen den Präſidenten der Republik die Verübung durch die in den Artt. 23 und 28 beſtimmten Arten der Veröffentlichung erfordert wird⁷⁰⁾. Dieſe Normierung entſpringt Gründen der Staatsraiſon, weil die genannten Perſonen eine politiſche Ausnahmestellung einnehmen. Die leitenden Geſichtspunkte dagegen in ihrer Reinheit, nicht beeinträchtigt durch fremde Rückſichten, ließen ſich nur bei der Materie

⁷⁰⁾ Dalloz a. D. Nr. 442 und 1855. Auch das R.St.G.B. hat in den §§ 95, 97, 99, 101, 103, 104 die ebenerwähnten Beleidigungen in ganz andere Abſchnitte verwieſen. Bei der Majestätsbeleidigung wird überwiegend der Wahrheitsbeweis für ausgeſchloſſen erklärt (Entſcheid. des R.G. Bd. 2 S. 213, Disſenhausſen Anm. 7 zu § 95); entgegengeſetzter Anſicht iſt John (in Holtendorff: Handbuch des deutſchen Strafrechts Bd. 2 S. 70).

der eigentlichen Beleidigung erkennen und entwickeln. Unser Ziel ist vornehmlich, die Kritik, welche diesseits an den Grundsätzen des französischen und des deutschen Rechts geübt worden ist, weiterer Kritik zu unterbreiten. Die Fragen, zu welchen der Gegenstand dieser Arbeit Anlaß bot, sind wahrlich wichtig und bedeutungsvoll genug. Mögen sie, ihrer Wichtigkeit entsprechend, Anregung zu weiterer Behandlung geben.